

Er scheint täglich nachmitt. mit Annoncen der Sem- und Verlags.

Abonnementspreis
monatlich 80 Pf.
vierteljährlich 2,40 Mk.
jährlich 8,40 Mk.
Durch die Post bezogen, 1,00 Mk. zahl. beifügen.

„Die Neue Welt“
(Antheilhaberszeitung), monatlich 10 Pf.

Verlagsredaktion:
Redaktion: Nr. 288,
Ergelbitten: Nr. 1047,
Güterweg-Verlag,
Vahlsbühl Waldheim.

Die Neue Welt

Insertionsgebühren
für die 6 Spalten
per Zeile oder deren Raum
30 Pfennig.
Für monatliche Anzeigen
36 Pfennig.
Im Abonnementen Kasse
haben die Zeile 75 Pfennig.

Interesse
für die (Kl.) Nummer
müssen (Kl.) bis zum
Worttag bis 10 Uhr bei
Expeditoren aufgeben
sein.

Erfragen in die
Postexpedition.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Der türkisch-italienische Krieg.

Der freche Präventivzug Italiens nach Nordafrika scheint außerhalb Italiens nirgends in der Welt Billigung zu finden. Zwar sind alle europäischen Großmächte teils durch besondere Erwägungen, teils durch allgemeine Bündnisverträge in der tripolitanischen Frage Italiens gegenüber gebunden, aber überall hat sich die Welt in einem gegen die brutale Störung des europäischen Friedens unwillig erhoben, und die Stimmung ist so hart, daß der größte Teil der europäischen Presse das Verhalten Italiens scharf mißbilligt, der kleinere aber sie wenigstens nicht zu verurteilen mag. So ist es ein seltsames Schauspiel, das die öffentliche Meinung Europas in diesem Augenblick darbietet: Soviel Wahrheit, Gerechtigkeit und Friedensliebe, wie sie jetzt in den Zeitungen aller Parteien und Nationen findet, hat es bis zum heutigen Tag wohl noch nie in der Welt gegeben!

Nur wenn man über die Alpen kommt, wird die Sache erheblich anders. Auch dort arbeitet man natürlich mit dem Zeigeln der Gerechtigkeit, aber die Resultate, zu denen man dort kommt, sind von den Schläffen, die das übrige Europa aus den jüngsten Vorparlamenten sieht, himmelweit verschieden. Was in dreißig andern Sprachen Europas ein abscheuliches Verbrechen heißt, heißt auf italienisch eine vaterländische Heldentat! Eine feirole Wühlarbeit oder völkerverrätherische Grundtatsache heißt dort ein Gebot der nationalen Ehre! Und wehe dem Italiener, der sich etwa befallen läßt, in der tripolitanischen Frage so zu denken, wie 150 Millionen Engländer, Deutsche und Franzosen, er ist ein Schuft, ein Landesverräter, ein Vaterlandsloser und natürlich, in neunundneunzig von hundert Fällen, sogar ein Sozialdemokrat!

Als der Kaiser in Agadir landete, glaubte alle Welt, die deutsche Regierung wolle in Sidmarokko vorzugehen wie Venetien jetzt in Tripolis. Sie tat es nicht, um diesen Verdacht zu zerstreuen. Und so konnte man in jenen Tagen in der ganzen Presse Europas, auch in der italienischen, dieselben Lebenswahrheiten über das offizielle Deutschland lesen, mit denen jetzt das offizielle Italien, und zwar mit Recht, überschüttet wird. Wofür in Deutschland jubelte die von Herrn v. Aehren-Wälder schändlich irreführende und darum jetzt so geminnig entzündete Patriotendresse: „Surra, eine deutsche Mannesstat!“ Und weil wir deutschen Sozialdemokraten über die gewalttätige Einseitigkeit des letzten Maroffabandes ungefähr ähnlich nachdenken wie das übrige sozialistische Europa, waren wir in Landesverräter und vaterlandslosen Gesellen!

Die Haltung der europäischen Presse erst Deutschland, dann Italien gegenüber ist ein starker Beweis für die Friedensliebe der Völker. Aber wird durch die Gerechtigkeit und Gerechtigkeit, von der diese Frage stets überströmte, wenn der Hebelträger in einer fremden Regierung sitzt, auch nur ein einziges Unrecht verübt? Statt in billiger Entrüstung über Italien zu machen, sollten die Völker untersuchen, inwiefern ihre eigenen Regierungen an der Katastrophe des ausgebrochenen Mittelmeerkrieges schuld tragen, und sie würden finden, daß keine einzige unter ihnen von der Mittäufel an den italienischen Friedensbruch freizusprechen ist. England und Frankreich haben jahrelang Italien geholfen, die Sprengstoffe für die tripolitanische Explosion herbeizutragen, und zum Schluß hat die deutsche Regierung durch ihre vaterländisch räuberische Maroffaktion die brennende Zunder an das Holz gelegt.

Und jetzt, wo das Unrecht heringekommen ist — ist jetzt irgendwo der Antrag zu einem feinen Willen zu bemerken, den Krieg ein rasches Ende zu bereiten, der Stimme der Menschlichkeit und Vernunft Gehör zu verschaffen? Mit nimmer! Wären die großen Mächte unter sich einig, dann könnten sie noch zu dieser Stunde „haben in Ruh!“ kombinieren, und die beiden kämpfenden Mächte wären gewonnen, den Arm sinken zu lassen und ihre zitierten Angelegenheiten einem Schiedsgericht oder einer internationalen Konferenz zur Entscheidung anzuvertrauen. Nur weil die europäische Diplomatie voll nationaler Eiferlichkeit und Hängen steht, werden Tausende verlustlos müssen, und die Gefahr einer Erweiterung des türkisch-italienischen Krieges zu einem ganz Europa umfassenden Weltkrieg recht sich ringsherum emporen.

Schon hat Italien, entgegen seinen heiligsten Versicherungen, mit Operationen an der Küste der europäischen Türkei begonnen, schon richten sich Oesterreichs, unseres zweiten Bundesgenossen, Augen militärisch auf Albanien, wo es längst mit Italien in stillen oder energielosen Kampf um die Vormacht steht. Die Uhrzeit regt sich auf dem ganzen Balkan. Griechenland gelistet es, mit der kriegerischen Frage reinen Tisch zu machen, und eine starke Strömung in der Türkei dringt auf eine militärische Operation gegen Griechenland. Gerüchte, die aufregend sind, auch wenn sie sich nicht bestätigen, sprechen von einer englischen Selbstverletzung an der Küste westlich Ägyptens. Und die deutsche Regierung hat die ganze Welt in den Krieg entzündet wurde, haben noch immer nicht den ersehnten Abschluß erreicht!

Mitferne hat die Völker einen Appell an die „friedlichen und menschlichen Gefinnungen der Regierungen“ gerichtet, um unnützes Blutvergießen zu vermeiden. Diese blinden Geiden und Kriegen haben eine keine Abnung von dem tiefsten Wesen unserer erhabenen „Christlichen Zivilisation“!

Deutschlands Stellungnahme.

Ein endgültiges Urteil über die Stellungnahme der deutschen Regierung zum türkisch-italienischen Konflikt wird erst gefällt werden können, wenn weitere Ausführungen über die deutsche Haltung und ihre Gründe gegeben worden sind. Der Reichstag, der in vierzehn Tagen nun endlich doch zusammentritt, wird sicher nicht unterlassen, die Regierung zu genauen Erklärungen auch über diesen Punkt dringen aufzutreiben. Wie heute die Dinge stehen, muß wohl das mildeste und zurückhaltendste Urteil dahin lauten, daß das Verhalten der Regierung total unverständlich ist. Deutschland hat den Schutz der Italiener in der Türkei und der Türken in Italien übernommen, es scheint sich sogar nach diesem bornemollen Amtordnung zu haben, das ihm von den Belmächten jedenfalls mit großem Vergnügen überlassen worden ist. Eine gefährlicheres Geschehen, sich zwischen zwei Stühlen zu sehen, läßt sich so leicht nicht ausdenken. Die Erregung der türkischen Bevölkerung gegen die auf dem Gebiet des ottomanischen Reichs zahlreich angesiedelten Italiener kann sehr bald zu bedauerlichen Ausschreitungen führen, denen sich Deutschland nicht entgegenstellen kann, ohne in den Augen der Türken für Italien Partei zu ergreifen.

Eine offizielle Parteinehmung für Italien ist ja inzwischen auch erfolgt, und zwar unter ganz merkwürdigen Umständen. Der römische Gesandte in Berlin hat eine Note des deutsch-österreichischen Botschafters Seltsamheitsart beschriftet, in der verächtlich wird, die Vertreter „politischen Kreise“ fassen die Italianen als gerechtfertigt an und geben der systematischen Verwahrlosung der türkischen Provinz Tripolitanien Schuld an dem Kriegsausbruch. Infolge dessen marschierte am Sonnabend ein Zug italienischer Chauvinisten vor die deutsche Botschaft in Rom und brachten dort Schandfeste auf Deutschland und Wilhelm II. aus. Wären die Manifestanten von England und Frankreich begabt, sie hätten nicht geschädigter operieren können, um der deutsch-türkischen Freundschaft den Todesstoß zu verzeihen.

Wenn sich die deutsche Regierung auf die Seite Italiens stellt, wird sie die ganze öffentliche Meinung anzugereizt haben. Die öffentliche Meinung ist nicht nur ein sentimentales Mißgefühl mit dem Schwärmer, sondern auch auf starke politische Erwägungen gerichtet, denn eine notdürftige Zusammenfassung des Dreibundes kann Deutschland für den endgültigen Verlust der wirtschaftlich äußerst wertvollen Türkei-Freundschaft in keiner Weise entschädigen.

Das erste Seereiselt.

Über das Seereiselt bei Prevesa, wo die italienische Flotte ein türkisches Torpedoboot kampfunfähig machte und ein anderes zur Flucht zwang, hat der Herzog der Abruzzen folgendes Telegramm an den italienischen Kriegsminister abgeschickt:

„Ich bin heute (20. 10.) vor Prevesa eingetroffen und habe mit meinem Kreuzerregiment hier Ankündigung genommen. Um 3 Uhr meldeten die Befehlshaber der kleinen Geschwader durch Funkdraht, daß zwei türkische Torpedoboots Prevesa nach einander passierten. Das eine Geschwader machte Jagd auf den einen Torpedo, der gegen Norden zu entfliehen versuchte. Nachdem nur wenige Kanonenschüsse gewechselt worden waren, fuhr der türkische Torpedo auf das Land los, wo er sich erlöschte. An Bord brach ein Brand aus, der ihn vollständig unbrauchbar machte. Das zweite Torpedoboot, gegen das sich zwei Torpedobootserlöschter wendeten, lehrte sofort nach Prevesa zurück und blieb unverletzt. Ich habe den Kommandanten telegraphisch meine Freude über die Durchführung der Maßnahme bekanntgegeben.“

Mit der Darstellung, daß die letzten ausgerüsteten und unmoderneren türkischen Torpedoboots den Angriff beunruhigen hätten, soll wahrscheinlich der freche Lieberfall der italienischen Schiffe demantelt werden. Denn um einen solchen Vorbehalt es sich, wie danach haben die beiden türkischen Torpedoboots gar keine Abnung von der erfolgten Kriegserklärung gehabt und angenommen, es handelte sich um Zufallschiffe. Die Italiener haben also absolut keinen Grund, auf diesen „Sieg“ besonders stolz zu sein.

Die Beschießung von Tripolis

Durch die italienischen Kriegsschiffe hat nach einer aus Tripolis in Rom eingetroffenen Meldung begonnen. Die Panzerschiffe Sicilia, Re Umberto und Sardegna bleiben zum Schutz der italienischen Offiziere in den Gewässern der Adria. Rom, 30. September. Nach den letzten Depeschen haben sich neun große italienische Panzerschiffe nach der Ablehnung der Kapitulationsanforderung in Schlachtordnung gegenüber Tripolis aufgestellt. Auf dem italienischen Konstantin, in dem alle noch zurückgebliebenen Italiener untergebracht sind, weht die deutsche Flagge.

Italienische Kriegsschiffe an der albanischen Küste.

Es hat den Anschein, als ob Italien seine Aktion nicht bloß auf Tripolis beschränken, sondern seinen Angriff auch auf andere Städte der türkischen Küste ausdehnen und sie bombardieren will. Döglisch es im allgemeinen den völkerverrätherischen Bestimmungen zuwiderläuft, offene Städte zu beschließen, hat man sich doch von der italienischen Freundschaft alles zu versehen. Im weiteren scheint Italien die Absicht zu verfolgen, den Krieg an

die Küste Albanien zu tragen, um dadurch die Albanen erneut zum Aufstand wider die Türkei zu hegen. Die Wiener Neue freie Presse veröffentlicht folgendes anscheinend inspiriertes Entreelet:

Es bestätigt sich, daß italienische Kriegsschiffe an der albanischen Küste kreuzen und auf zwei türkische Torpedoboots Jagd gemacht haben. Die italienische Regierung hat, ob sie ihre militärische Aktion gegen die Türkei aufnahm, erklärt, daß sie den Status quo im europäischen Orient nicht angreife und gedenke und alles vermeiden werde, was geeignet wäre, den Status quo zu gefährden. Das Erscheinen italienischer Kriegsschiffe an der Küste des eben erst mit großen Schwierigkeiten beruhigten Albanien ist aber eine Handlung, die der Ruhe auf dem Balkan gewiß nicht förderlich sein kann, und daher von der öffentlichen Meinung Oesterreich-Ungarns als im Widerspruch mit jener Erklärung der italienischen Regierung heftig empfunden werden muß.

Vor Tripolis.

Konstantinopel, 1. Oktober. Die italienische Flotte ist vor Smyrna erschienen. Die italienischen Kriegsschiffe haben ebenfalls mit der Landung von Truppen bei Prevesa begonnen. Diese Nachricht ist zuerst bemerkt worden, wird jedoch nunmehr amtlich und zuverlässig bestätigt. Es bemerkt sich ebenfalls, daß zwei italienische Boote mit Landungstruppen bei Tripolis von den Türken in den Strand geschossen worden sind. Außerdem wird aus Tripolis gemeldet, daß die dortigen türkischen Behörden es abgelehnt haben, den italienischen Forderungen nachzukommen. Es wurde beschlossen, bis auf den letzten Mittelstreifen zu kämpfen.

Tripolis, 1. Oktober. Einflußreiche Tripolitaner erklärten sich bereit, hundert Bataillone, eingebrachte Truppen zu stellen, um die italienischen Angriffe abzuwehren.

Die türkische Mobilisation.

Konstantinopel, 1. Oktober. Vom Kriegsministerium, wo die ganze Nacht feierhaft gearbeitet wurde, gingen die ersten Mobilisierungsbefehle hinaus. In später Nachtstunden verbreitete sich die Nachricht in türkischen Kreisen, daß Deutschland, auf welches in dieser ersten Stunde alle Augen im ottomanischen Reich gerichtet sind, nicht für die Türkei eintreten könne, was tiefste Bederegung hervorrief. Allgemein wird man von einem bevorstehenden Schicksal. Die Mobilisierungstruppen von Janina sind mobilisiert worden. Drei italienische Schiffe wurden von den Türken mit Beschlag belegt, darunter eines, das aus dem Schwarzem Meer kam, und ein anderes, das in die Dardanellen einlaufen wollte. Der deutsche Botschafter sprach bei der Post vor, daß er beantragt sei, die italienischen Interessen zu schützen. Die Regierung nahm Kenntnis hiervon.

London, 1. Oktober. Meldungen aus Athen berichten, daß Griechenland die Mobilisierung seiner Armee beschlossen hat. Wie andererseits aus Belgrad berichtet wird, hat die serbische Regierung einen längeren Ministerrat abgehalten, um über die Lage zu beraten und eventuell Vorkehrungen zu treffen. Die Mächte wirken jedoch in Athen als auch in Belgrad und besonders in Cetinje mit, damit diese Mächte die jetzt schwierige Lage der Türkei nicht dazu benutzen, um die Ruhe auf dem Balkan zu stören.

Die türkische Note an die Mächte.

Konstantinopel, 1. Oktober. Nach einem offiziellen Telegramm aus Konstantinopel hat die von der Worte den Mächten geltend überlieferte Zirkularnote folgenden Wortlaut: Es ist überaus traurig, von Italien in dem Ultimatum festgesetzten Frist von 24 Stunden hatten wir uns beiläufig, lange vor ihrem Ablauf zu antworten, daß die italienische Regierung nicht nota habe, zu einer militärischen Bewegung zu übergehen, um von uns in Tripolis und in Genua die Wirksamkeit wegen einer wirtschaftlichen Ausdehnung für sich zu erlangen. Wir erklären uns bereit, diese Wirksamkeit zu gewähren, soweit sie unsere territoriale Integrität nicht verletzen, wobei wir die Verpflichtung übernahmen, während der Verhandlungen unsere militärische Lage in den genannten Provinzen nicht zu verändern. Ohne auf dieses verbindliche Anerbieten auch nur zu antworten, schied uns die italienische Regierung zu verfahren. Da sie ihre Flotte ausendete, und vor Ablauf der Frist eines unserer Torpedoboots in den Gewässern des Adriatischen Meeres angreifen läßt, eine förmliche Kriegserklärung. Feindlich überfällt von dieser unerwarteten Feindseligkeit, die durch unsere Haltung gegen Italien keineswegs gerechtfertigt wird, wollen wir glauben, daß es noch Zeit ist, angesichts der verbindlichen Stimmung, von der wir befehl sind, die unheilvollen Wirkungen eines Krieges, der keine tatsächliche Ursache hat, aufzuheben. Wir werden uns deshalb an die friedlichen und menschlichen Gefinnungen, sowie an die Freundschaft der P. Regierung, damit sie bei den Italiern Einspruch erhebe und es von unserem aufrichtigen Wunsch überzeugte, mit ihm zu verhandeln, um einen unnützen Blutvergießen vorzubeugen.

Der wirtschaftliche Kampf.

Saloniki, 30. September. Das Komitee für Einheitsfrontpolitik droht jetzt öffentlich den wirtschaftlichen Kampf gegen alle italienischen Einrichtungen an. Es wird noch Erwähnung der Handelskammer in Italienien Staatensache zu machen, bis dahin fordert es das Volk zur Ruhe und Besonnenheit auf. Da sich unter der tiefen jüdischen Bevölkerung an vortrefflichen italienischen Schulgelehrten befinden, so wird die Lage als überaus empfindlich, zumal die Israeliten sehr großen Schandbesuchen und in hervorragendem Maße an Handelsuntersuchungen beteiligt sind.

Nähertritt des deutsch-freundlichen Ministeriums.

Konstantinopel, 1. Oktober. Der sofortige Nähertritt des Kabinetts fällt nach erfolgter Kriegserklärung mehr als mehr oder weniger offenes Schuldbekenntnis aufgeführt werden. Tatsächlich geschah nichts von dieser Regierung, um der gefährlichen Situation zu begegnen. Die Berufung des Präsidenten des Senats Said Pascha zum Leiter der Regierung weist darauf hin, daß man die vom Verfallungswege nicht abzuweichen will; doch kann das Kabinettsamt nur ein Nebenrangsinstitut sein, da der derzeitige Miamil das Portefeuille des Äußeren besetzt hat. Im Parlament wird die Kombination Said-Miamil einen ungewöhnlichen Stand haben, doch streift man vielleicht zur Auflösung des Parlaments.

Konstantinopel, 1. Oktober. Trop des Ministerwechsels wird von Regierungseite mitgeteilt, daß an der prinzipiellen Haltung der Türkei in der Tripolisfrage nichts geändert wird. Die türkische Regierung wird in Tripolis um ihre Rechte und ihren Willen bis zur Erschöpfung kämpfen. Man erwartet jedoch, daß die Mächte eingreifen und weitere Angriffe auf die Souveränität der Türkei, auch in Tripolis, verhindern werden.

Die Landung italienischer Truppen.

Konstantinopel, 2. Oktober. Gestern mittags 2 1/2 Uhr wurde Vozina nach scharfer Bombardierung eingenommen. Viele Gebäude sind zerstört, darunter das Wasserwerk. Eine große Zahl Einwohner wurden getötet. 1600 Italiener besetzten die Stadt. Türkische Truppen sind sehr mutig gegen die Infanterie gegen sie abgegangen. Der Kampf hat bereits begonnen. Zum Kommandanten des Feldzuges in Albanien wurde der aus dem Albanienanstand her bekannte Dicheff Pascha ernannt.

Konstantinopel, 2. Oktober. Da die telegraphischen Verbindungen mit Tripolis von den Italienern zerstört worden sind, laufen Nachrichten nur sporadisch ein. Die Italiener fahren fort, die Küstenorte zu beschießen und die türkischen Schiffe in unbedeckten Hafensorten zu beschlagnahmen. Da eine Intervention der Mächte nicht in Aussicht steht, soll der Ministerrat beschließen haben, die allgemeine Mobilisierung zu vollziehen. Die Bevölkerung fordert die Bevölkerung auf, die Straße zu besetzen und die Befehle, den Anordnungen der Verbände strikt nachzukommen.

Wo ist die türkische Flotte?

Konstantinopel, 1. Oktober. Höchste Beunruhigung herrscht über das Schicksal der Flotte, mit der das Kriegsministerium seit gestern erfolglos durch drausige Telegraphie in Verbindung zu kommen sucht. In bezug auf das Schicksal ihrer Väter, Kinder und Schwägerinnen hat die kaiserliche Angehörige von Flottenoffizieren im Marineministerium und verlangen in fürstlicher Demonstration Nachrichten, die ihnen nicht gegeben werden konnten, da niemand weiß, was aus der Flotte geworden ist.

Konstantinopel, 2. Oktober. Offiziell wird bestätigt, daß die türkische Flotte vollständig in den Dardanellen eingetroffen ist. Die Ankunft erfolgte, wie der Marineminister bekannt gibt, gestern mittags 1 1/2 Uhr bei Mermeris. Zu dem Geschwader gehören auch die beiden von Deutschland abgekauften Panzerkreuzer. Die Flotte soll eine Schlacht im Bereich der Dardanellenforts annehmen.

Ein Dilemma.

Der Papst betet für Italien. Das Zentrum für die Türkei.

Während die deutsche Zentrumspreffe die Aktion Italiens einen 'Freien Kampf' nennt, der in der Weltgeschichte einzig dastünde, so den Vatikan eine 'würdige Tracht' Preußens wünscht, hat der Papst Gebete für den Sieger der italienischen Flotte angeordnet!

Durch diese neue 'Unstimmigkeit' wird das Verhältnis zwischen Köln und Rom scheinlich auf eine angenehme Temperatur gebracht werden. Wohin soll es auch führen, wenn die Gebete des Papstes wirkungslos gemacht werden durch die Flüche des deutschen Zentrums!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 2. Oktober 1911.

Düsseldorf Nachrichten.

Der Zusammenbruch des Zentrums in Düsseldorf beschäftigt, obgleich der Mittelmeerkrieg im Vordergrund allen öffentlichen Interesses steht, die gesamte bürgerliche Presse auf Lebhaftigkeit. Ein sehr wertvolles Geistesbild ringt sich angedrückt der Düsseldorf-er Niederlage das Berliner Zentrumblatt, die Germania, ab, die auf die zahlreichen Wahlhaltungen zu sprechen kommt und dabei meint:

Leider muß man annehmen, daß darunter die größte Zahl zu den Zentrumsanhängern gehört, die aus irgendeinem Grunde (!) diesmal nicht zur Urne zu bringen waren und damit den Sieg des Zentrums verhindert haben.

Die Germania gibt zu, daß bisherige Zentrumsanhänger diesmal den Sieg des Zentrums verhindert haben, 'aus irgendeinem Grunde', den die ahnungslose Germania nicht kennt. Denn daß das Zentrum in den letzten Jahren hundertfachen Vollerwerb verlor, daß für ja für sich nicht wahr sein.

Das Berliner Tageblatt schreibt: Der sozialistische Stichwagel in Düsseldorf ist die Probe auf das Gemisch, daß bei tatkräftig geschicktem Zusammenwirken der Kräfte der parlamentarische Wahlkampf auf des Zentrums erhebliche Beschränkung werden kann. Doch nie hat das Zentrum in einer Legislaturperiode nach dem Sieg bei Reichswahlen eingestiegen, wie jetzt in Kempen-Zinnenstadt und Düsseldorf.

Das linksliberale Blatt rechnet in seiner Freude dann heraus, daß bei gleichem Vorgehen wie in Düsseldorf dem Zentrum über 20 Reichstagsmandate entzogen werden könnten. Aber der volle Vektor wehmt bleibt seinem Optimismus nicht erkräft. Die Woll nicht den roten Sieg von Düsseldorf nicht traglich, weil er ja unmittelbar zum liberal-national-liberalen Stichwagelbündnis führen müßte. Und die Woll wird sicherlich Recht behalten. Das Zentrum kann die 20 Mandate, die ihm das liberale Berliner Tageblatt schon abgenommen zu haben wähnte, wieder ruhig behalten, die 'nationalen' Liberalen werden schon dafür sorgen, daß ihnen keine verloren geht!

Ein weiterer Wahlsieg.

Auch in dem zum Großherzogtum Oldenburg gehörenden Fürstentum Lübeck fanden am Freitag Landtagswahlen statt. Das Fürstentum zerfällt in zwei Wahlkreise, den nördlichen und den südlichen. In jedem Wahlkreise sind zwei Abgeordnete zu wählen. Zum ersten Male wurde unter einem neuen Wahlsystem gewählt. Nach demselben sind alle Deutschen wahlberechtigt, die drei Jahre ununterbrochen im Großherzogtum Oldenburg wohnhaft gewesen sind und das 25. Lebensjahr erreicht haben. Jeder über 40 Jahre alte Wähler hat 2 Stimmen. Der Wahlkampf war ein äußerst heftiger. Im südlichen Wahlkreis sind die Liberalen mit der Union zusammengegangen. Von unserer Seite kandidierten für den nördlichen Wahlkreis von Unferster Bull und Piel, für den südlichen Wahlkreis Glöck und Rebenstorf. Im südlichen Wahlkreis erhielten die Großen Bull und Piel 4486 Stimmen, die Gegner zusammen 4226. Unsere Genossen sind hier somit gewählt. Im nörd-

lichen Wahlkreis erhielten: Rebenstorf 1900, Glöck 1888, Gebow (Landwinder) 1782, Cwoers (natl.) 1482, Steinbold (F. P.) 966 und Weig (F. P.) 780 Stimmen. Hier findet also eine ausserordentliche Nachwahl statt, bei der die einzelne Mehrheitsentscheidung.

Wann kommt die preussische Wahlreform?

Zimmer und immer wieder erhebt sich aus den Reihen die Forderung, den schmählichen Wahlrechtsstand des Preussens ein Ende zu bereiten. Auch in der letzten Zeit ist diese Forderung lebhaft vertreten worden. Der Volk zufolge besteht jedoch in den maßgebenden Kreisen Preussens nicht die Absicht dem Landtage vor den Neuwahlen zum Landtage eine Wahlvorlage zu unterbreiten.

Da bei den augenblicklichen Parteiverhältnissen die Annahme einer der Regierung annehmbaren Wahlrechtsvorlage nicht zu erwarten sei. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde eine Wahlvorlage die unerwünschte Folge zeitigen, unter den Parteien, die für das Zustandekommen der Vorlage Hand in Hand arbeiten müßten, zuerst aber sich entzweit haben, diese Entzweiung zu verdecken. Erst wenn sich diese Gegenstände gemindert haben, kann auf die Vorlegung eines neuen Wahlrechtsurteils gerechnet werden.

Die preussische Wahlreform soll damit auf den 21. November festzusetzen werden. Die bürgerlichen Parteien brauchen nur weiter zu warten, und die Regierung wird weiter warten, bis sie sich beruhigt haben. Die Parteien sind total unfähig, und die Regierung ist unfähig, sie zu führen.

Die parlamentarische Parteierklärung der Regierung in einer Frage, die in der Thronrede vom 30. Oktober 1908 als 'die wichtigste Frage der Gegenwart' bezeichnet wurde, wird bei der großen Abrechnung der Reichstagswahlen nicht vergehen werden.

Wieder ein politischer Korruptionsfond!

In den verschiedenen Wahlfonds des Bundes der Landwirte, des Handwerks, der industriellen Zulieferer usw. hat sich ein neuer Korruptionsfonds aufgetan unter der Bezeichnung: Kolonialer Wahlfonds. Und hinter dieser neuen Fonds stehen Leute, die in den Kolonien einen mehr oder minder großen Teil ihres Kapitals angelegt haben, sowie ferner eine Anzahl der genugsam bekannten Kolonialpolitiker - also Interessenten, die darauf brennen, möglichst große Gewinne auf Kosten der deutschen Steuerabgabe einzufleddeln. Mit Hilfe dieses Fonds sollen möglichst viele Abgeordnete in den Reichstag gewählt werden, die sich verpflichten, die Interessen der Kolonialpolitiker ihrer Wahlkreise zu vertreten. Als Programmpunkte sind aufgestellt:

- 1. Eine Vertretung der einzelnen Kolonien im Reichstag ist erstrebenswert gemäßigt in der Form, daß nicht beamtete Sachverständige aus den einzelnen Kolonien an den Beratungen des Haushaltsausschusses teilzunehmen haben.
- 2. Es ist der Ausbau der Selbstverwaltung zu erstreben, und zwar in der Art, daß der Landes- bzw. Gouvernementsrat, dessen Vertreter in der Mehrzahl aus freier Wahl hervorgehen sollen, nicht beratend, sondern beschließend stimmfähig ist.
- 3. In allen Kolonien ist, soweit es die klimatischen Verhältnisse ermöglichen, die Veredelung durch deutsche Anbauer zu unterstützen, und ihnen die soziale Stellung zu gewährleisten, die der Hausstandspunkt erfordert.
- 4. Die Verkehrspolitik der Kolonien ist so zu gestalten, daß der Handel mit dem Mutterlande auf alle Weise gefördert wird.

Mit einem Flugblatt will sich die neue Organisation, der die Arbeit und Liebert vermutlich nicht sehr fernstehen, demnach an die Öffentlichkeit wenden.

Die politischen Korruptionsfonds schienen neuerdings aus dem Boden hervor, wie die Wäge nach warmem Regen. Nicht mehr als Vertreter parteipolitischer Heberzeugung, sondern als Stützlinge irgend einer der vielen geldspendenden Interessentengruppen sind die bürgerlichen Kandidaten im Wahlkampf auf. In Variation

Das Monopol. (Nachdr. verb.)

Sozialer Roman aus dem russischen Volksleben von Karl Rukhs.

Als Dudchow sich auf seinem prächtigen Kutsch-Gorodewka nachhete, sah er Alexandra Pawlowna schon vor liegen. Sie ritt ihm auf einem leichtfüßigen feurigen Wappon in schamem Trab entgegen, da sie die Ingebuß, endlich einmal mit sich allein zu sein, nicht hätte zugehen können. Sie trug ein dunkelblaues Reitkleid von tadellosem Schnitt, welches ihre schönen Körperformen ganz außerordentlich zur Geltung kommen ließ, und der von ihrer Gürtel, Kinder- und Schürze sammelten sie zahlreiche Angehörige von Flottenoffizieren im Marineministerium und verlangten in fürstlicher Demonstration Nachrichten, die ihnen nicht gegeben werden konnten, da niemand weiß, was aus der Flotte geworden ist.

Sie kamen spät, aber Sie kamen! Sie kamen! - aber durchaus nicht zu spät, entgegnete Dudchow, indem er seine Uhr aus der Tasche zog und der jungen Dame hinhielt. Sie könnte das von Ihnen angeführte Zitat eigentlich in noch etwas feierlicher Bearbeitung auf Sie anwenden, indem ich sage: Sie kamen, aber Sie kamen zu früh.

Soll das wieder eine Ihrer unaufrichtigen, lebenswunderwürdigsten sein? fragte sie leicht pikant. - Hebrigens, Sie mögen recht haben. Ich brannte ordentlich vor Ingebuß. Sie einmal unter der Augen gehörig aussaugen zu können. Das haben Sie ganz entschieden verdient!

Sie kennen ja die Güte meiner Saunmüllerei? suchte er sich zu entschuldigen. Sie waren ja während meiner Abwesenheit in Dudchow und haben sich davon persönlich überzeugen können, daß der Umbau der Brennerer und alles, was damit zusammenhängt, meine ganze Zeit in Anspruch nehmen mußte.

Das Mädchen nickte die größte Hochachtung. fragte er mit Nachdruck, und übrigens erzählte mit meine Wänter, daß auch Sie sich für die kleine ganz außerordentlich interessieren. Oder sollte sie Sie vielleicht mißverstehen haben?

O nein, nein, durchaus nicht, rief Alexandra Pawlowna etwas verzogen. Sie mußten meinen Worten nicht gleich eine

schlechte Deutung zu geben. Und ich interessiere ich mich für Ihre Schicksale, indem ich weiß, Sie selbst sich für das Mädchen zu außerordentlich interessieren. Ich muß aber doch sagen, daß Sie eine ganz eigenartige Geistesabstraktion haben. Für gewöhnlich finden Männer doch an solchen Mädchen keinen Gefallen!

Dudchow nickte sich befriedigt, und der jungen Dame auf ihren ercenten Ausfall nicht eine scharfe Antwort zu geben. Das mußte er auf jeden Fall vermeiden, um sich nicht zu verärgern. Darum starrte er sich nur zu der im politischen Ton gemachten Bemerkung:

So meinen Sie? - Frauen und Mädchen, fuhr Alexandra Pawlowna unbeeindruckt fort, die sich für die Frauenemanzipation interessieren - dazu gehöre natürlich auch ich -, haben gewiß ein Anrecht, in das Geistesleben sich auch für weiblicher Christen hineinzuverleiben. Darum können Sie sich nicht wundern, weshalb ich so gern das Mädchen kennen lernen möchte. Sie wissen es ja, ich bin keine 'Nierlich-Namerich', keine sentimental mit blauen Augen in den blauen Himmel blühende Deutsche. Ich bin für die Aufklärung, nenne ich jedes Ding dem wahren Namen, und - das wissen Sie ja sehr genau - suche einer jeden, mich interessierenden Frage bis auf den Grund nachzuspüren. Ich habe bisher leider noch nicht die Gelegenheit gehabt, zu ergründen, wie und was eine solche 'ehemalige' Fortschrittlerin ist. Ich würde das außerordentlich interessant.

Das Interesse Doktor Solowjows ist mir - was die Alkoholfrage anbelangt - verständlich. Was für Studien jedoch Sie an den Mädchen machen wollen - Sie mögen sagen, was Sie wollen - das will ich nicht unbedingt wissen.

Sie beigen in Ihren Gedanken ein ganz kleine Souffleaus? entgegnete Dudchow hart, den das Gespräch allzeitwärtig empörte und reizte. Wenn Sie das Mädchen aber nur zum Objekt ihrer philologischen Neugierde machen wollen, so möchte ich bitten, es lieber ganz nicht kennen zu lernen. Sie hätten ganz recht, als Sie während meiner Schicksalsjahre, und eben aus diesem Grunde will ich auch von niemand mit Fragen beunruhigt und quälen lassen, die ihr nur Weiden verurteilen müßten.

Ich so, sagte Alexandra Pawlowna, indem sie ihm schloß den Lippen aufwies, daran ist Ihr Interesse allerdings ganz anderer Art. Ich verhehe.

Was meinen Sie damit? fragte er betreten. O nichts, nichts, entgegnete sie lächelnd, indem sie ihr Tier durch einen leichten Schlag mit der Hand auf die Seite antwortete. Doch lassen wir jetzt das Gespräch. Sie können heute schließlich zur Laune zu sein - Wenn werden Sie Ihren neuen Apparat einrichten lassen? Da muß ich unbedingt dabei sein!

Dudchow zog ihr die gewünschte Antwort, und nun bewegte sich Interbellum sich in ganz anderen Bahnen. Alexandra Pawlowna schien unheimlich angetan, indem sie Dudchow vor, auf der schon breiten Chaussee ein Horn zu blasen, um zu improvisieren, worauf er auch gern einging, und meinte lächelnd - wie betäubt - er solle doch nur ja nicht glauben,

daß sie Pawlowna durch irgendwelche taktlose Fragen kränken würde. Sie habe im Grunde genommen doch nur rein menschliches Mitleid für sie.

Als Dudchow nach zweifelhafte animierten Spacerritt die junge Dame bis nach Gordejewa begleitete, mußte er ihr zum Abschied versprechen, spätestens am nächsten Sonntag wieder mit ihr auszureiten. Abends mußte er dann mit seiner Mutter in den Hof zurück zu verziehen, worüber ihn Eltern höchst außerordentlich freuen würden. Leider sei ihr Vater heute sehr erkrankt; deshalb bitte sie sehr, Dudchow nicht aufzudröhen zu können, ihren Eltern folgende seine Aufwartung zu machen.

Das war also ihr letztes Gemüth, rief meinte Gled Michailowitsch, indem er an die Worte seiner Mutter dachte, als er mahnig und tiefers nach Hause ritt.

Fünftes Kapitel.

Gled Michailowitsch erinnerte sich Pawlowna beim Abschiede gegebenen Versprechens, sie sobald als möglich nach Hause zu befehlen, sehr wohl. Durch die Nichterfüllung dieses Versprechens konnte er aber am besten die Ausführung seiner Vorläge einleiten und sie auf die erwartenden Enttäuschungen vorbereiten. Doktor Solowjows Argumente lauteten andauernd umhin, und in seinem letzten Gespräch nicht zu in Aussicht, daß sie in einigen Tagen als vollkommen genesen werde das Bett verlassen können.

Dudchow hatte unterdessen auch am zweiten Sonntag in Alexandra Pawlownas Gesellschaft einen Spacerritt unternommen. Die junge Dame vernahm es sehr ungerne, das Gespräch auf Solowjows zu lenken. Abends besuchte er mit seiner Mutter - wie verabredet worden war - Gordejewa. Der alte Balibon - Kamel Griorgiewitsch mit Annamen - ein verabschiedeter, an Solowjow lebender General, der früher einmal unter Kaiser Nikolaus gewesen war, übte sich zwar recht wohl, mußte die Gäste aber im Reineigenen Deden geblüht, empfangen. Dudchows und seiner Mutter Besuch wurde in Gordejewa schon lange sehr schmerzhaft erwartet, da Kamel Griorgiewitsch, seine Frau Sinaida Nikolajowna und Barbara Dmitriowna denselben Besuch begehren, daß Gled Michailowitsch und Alexandra Pawlowna mit ihm zu werden möchten. Barbara Dmitriowna verfolgte diesen Gedanken, weil sie durch jadelange Freundschaft sich zu ihren Nachbarn Hingezogenen übte. Für Balibons waren dafür in erster Linie vorzügliche Freunde zu suchen, die sie nicht weniger sehr stark verabschiedet. Der alte General hatte sich in der Verwirrung des Gutes gekümmert und war nicht von treulosen Verwaltern abhängig gewesen, während er die Einkommen in Petersburg oder im Ausland verlor. Ein doppelte Einkünfte ein Glück gewesen. Griorgiewitsch hatte sehr reich geltende Nachbarn gehalten, die das Gut besitzenden Hypotheken zu tilgen, und zweitens würde er dann gewiß auch die Überantwortung über die Verwaltung übernehmen haben, um es mir nicht zu wider, zu lösen, und auf die Seite auch die Zukunft der beiden noch mit vorzüglichen Eöhnen und der zweiten Tochter Balibons, die noch im Institut war, zu sichern.

(Fortsetzung folgt.)

eines bekannten Sprichwortes kann man diese Kandidaten trennen: Sagt man, wer seine Wahlkraft verliert, und ich sage Dir, wo's hingehört. Die Spaltung aus diesen unterschiedlichen Korruptionsfonds muß schließlich zum politischen Bankrott der einzelnen bürgerlichen Parteien führen, denn nicht mehr parteipolitische Ideale stehen im Mittelpunkt des Wahlkampfes, sondern nackte Interessenpolitik. In welchem Umfang eine solche Politik der Regierung an der Spitze dieser Korruptionsfonds beteiligt sein?

Die Kriegssieger an der Arbeit.

Man schreibt uns aus London, 28. September: Die Kommandanten, mit denen die Rede des englischen Marineministers McKenna in der britischen Bürgertlichen Versammlung worden sind, haben in England Entzücken erweckt. Wenn die deutschen imperialistischen Mächte wirklich die Rede McKennas als eine Herausforderung oder gar Drohung gegen Deutschland betrachten, dann haben sie in der Tat wieder ein elastisches Beispiel dafür geliefert, zu welchen Reden und Bewegungen die Flottenminister ihre Zukunft nehmen, um ihre Forderung zu erreichen. Das angeblich stieliche Drama, um ihre Berliner Tageblatt, in dieselbe Kerbe hauen, zeigt nur, welche Weisheit der englisch-deutsche Gegensatz bereits angenommen hat.

McKenna's Rede ist ohne Zweifel eine Ankündigung, daß man im nächsten Jahre mit neuen englischen Flottenrüstungen zu rechnen haben wird, eine Anerkennung der Tatsache, daß die Zeit des Abrüstungsaberedes vorbei ist und eine neue Periode der Aufrüstung bevorsteht. Aber diese Ankündigung des englischen Ministers ist nur die Antwort auf die Forderungen der deutschen Imperialisten, die eine Veranlagung des deutschen Flottengesetzes im nächsten Jahre durchsetzen wollen. McKenna fagte:

„Infolge des beispiellosen Wuchstums des Umfangs und der Stärke fremder Flotten ist es meine Pflicht gewesen, dem Unterhause von Jahr zu Jahr wachsende Summen zu veranlassen. Niemand anerkennt besser als ich die ökonomische Verschwendung der Militärausgaben, und es war mir eine große Befriedigung, daß ich letzten März dem Unterhause die Einstellung der Mehrzahlungen für das nächste Jahr in Aussicht stellen konnte. Ich hielt mich damals für berechtigt, zu sagen, daß wenn keine Vermehrung der fremden Flotten stattfindet, wir nicht nur keine Erhöhung, sondern sogar eine Senkung der Militärausgaben im nächsten Jahre vorzuschlagen werden. Ich fügte mich berechtigt, diese Erklärung jetzt zu wiederholen. Aber jetzt und immer muß das Maß unserer Militärausgaben von dem Maße der Militärausgaben anderer Länder abhängen.“

Das heißt mit anderen Worten, daß England bei seinem Antrieben bleibt, seine Flottenausgaben im nächsten Jahre zu reduzieren, falls die deutsche Regierung nicht mit einer neuen Flottenvorlage herbeikommt. Darin ist nichts enthalten, was deutsche Patrioten aufzuregen brauchte. Das englische Antrieben gefährdet nur die Pläne der deutschen Flottenminister, indem es erklärt, daß Deutschland es noch jetzt in der Hand hat, zum mindesten eine Verlangsamung des internationalen Wettbewerbs herbeizuführen, wenn es bei der alten Flottenvorlage bleibt. Aber die Imperialisten bringen es fertig, selbst aus dieser Rede des englischen Flottenministers eine Drohung gegen Deutschland zu konstruieren, die mit beschleunigten Flottenrüstungen beantwortet werden mußte.

Deutsches Reich.

Nicht nur der Kaiser, sondern auch Kaiserlicher sind Steuerfrei! Ein für den Sitzungssaal des Berliner Reichstages bestimmtes Bild Wilhelms II. war von der unteren Steuerbehörde als schenungssteuerpflichtig erklärt worden. Die Berliner Stadtväter halten aber offenbar keine Rechnung, für das Geschenk einer Steuer zu bezahlen, und die Oberzollverwaltung Berlin hat sich nunmehr nach näherer Beratung der Begleitumstände für die Steuerfreiheit jener Schenkung ausgesprochen. Der preussische Finanzminister ist dieser Auffassung beigetreten.

Eigentlich müßte das Steuerrecht geändert werden, denn im Gesetz steht mit keiner Silbe, daß für Geschenke, die Wilhelm II. macht, eine Steuer nicht zu entrichten sei.

Sozialdemokratische Interpellationen und Anträge im bayerischen Landtag. Die Sozialdemokratie hat in dem am Freitag begonnenen bayerischen Landtag drei Interpellationen und eine Anzahl Anträge eingebracht. Von den Interpellationen fordert die erste von der Regierung Maßnahmen gegen die Teuerung; ferner wird die Regierung angefragt, warum sie in der Wazowski'schen nicht den Bundesratsauschuss einberufen hat. Endlich wird über den verfassungswidrigen Erlaß gegen die süddeutschen Eisenbahner erinterpelliert.

In den Anträgen wird Lohnerhöhung für Eisenarbeiter und Beamte mit unter 2000 M. Gehalt gefordert; für die Arbeitslosenversicherung soll ein Zuschuß von 200 000 M. bewilligt werden. Zur Unterstützung der Reichsfinanzen des hiesigen Reichs soll neuerdings erworbenen Staatsvermögens Erbschaft ein voll parlamentarische Kommission eingesetzt, die betroffenen Arbeiter und Gemeinden unterstützt werden. Weiter wird eine Revision des Artikels 20 des Verfassungsgesetzes gefordert, wodurch die Annahme von Geschenken („Dotationen“) förmlich verboten sein soll. Schließlich richtet sich ein Antrag gegen die zunehmenden Absteuermittelbildungen.

Agarischer Gütermarkt. Welch ungeheure Werte die landwirtschaftlichen Güter, dann unserer Agrarpolitik darstellen, das beweist folgende Geschichte eines Güterverkaufs. Das Rittergut Neugabel in Niedersachsen wurde im Jahre 1900 von Leutnant Jörs für 350 000 M. gekauft. Nach 4 Jahren verlor er das Gut für 651 800 M. Zwei Jahre später brachte ein neuer Verkauf 750 000 M. In diesem Jahre nun wechselte das Rittergut zweimal seinen Besitzer. Das erste mal wurde ein Preis von 790 000 M. erzielt und anderthalb Monat später erfolgte der Verkaufspreis auf 850 000 M. In die Höhe. Interessant ist hierbei außerdem noch, daß das bisher in deutschen Händen befindliche Gut beim letzten Verkauf in polnische Hände übergegangen ist.

Ein konservativer Führer. In dem Vorschlag, den die schiedlichen konservativen den dortigen Fortschrittler gemacht haben, mit ihnen schon jetzt ein Einigungsabkommen zu unterzeichnen, nimmt nunmehr die Kräftezeitung das Wort und erklärt ganz offen heraus, daß bei den konservativen die Absicht bestanden hat, die Fortschrittler auf die Probe zu stellen. Mit ihrer Erklärung, daß die Entscheidung über die bei einer Einigung einschlagende Zattit bei den einzelnen Wahlkreisen liege, hätten die Fortschrittler nur gezeigt, daß sie die Probe nicht bestanden haben. Abwarten! Abwarten!

Das Weihnachtsgeschenk der Veteranen. Auf einem Militärvereinstag im badischen Schwarzwaldd teilte der General v. Roeder mit, daß durch den Verkauf von 2 1/2 Millionen Kornblumen etwa 240 000 M. eingingen. Da sich um die Unterbringung etwa 12 000 deutsche Veteranen bemühen, so trifft es jedem etwa 20 M., die wohl an Weihnachtsgeld zur Auszahlung kommen können, wenn alles klappt. Absehen sei man noch mit der genauen Feststellung beschäftigt.

Es kann also doch noch Weihnacht 1912 der Kornblumensieger über die 12 000 Veteranen des Vaterlandes herabkommen. Was werden sie sich bei den teuren Zeiten dafür kaufen?

Schweden.

Das Endergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer ist folgendes: 101 Freisinnige (6 gewonnen), 63 Sozialdemokraten (27 gewonnen), 42 Anstöße (29 verloren), 2 Liberale (wilde). Nachdem getern die Regierung ihre Demission eingereicht hat, konstituierte der König mit dem Freisinnigenführer Craas.

England.

Eine Hungerrevolte brach am Sonnabend in Dublin aus. Infolge der durch den Winterzeit gefeierte Hungernot entzündeten Straßenschlachten. Kraftwagen wurden auf den Straßen umgekippt und ihr Inhalt wurde unter die hungernden Frauen und Kinder verteilt. Die Lage soll sehr ernst sein.

Portugal.

Eine monarchistisch-heraldische Verschwörung hat die Polizei in Oporto entdeckt und eine große Zahl von Akteuren und reaktionär geistigen Persönlichkeiten verhaftet. Die Regierung hat energische Maßnahmen ergriffen und die Verhafteten auf zwei Kriegsschiffe transportieren lassen, die sie hierher bringen sollen. Hier und in Oporto herrscht jetzt vollkommene Ruhe. Im Distrikt von Oporto ist es zu einigen Aufsehenswerten geschehen, die mit dem erwähnten, eben gefeierte Unsturzversuch in Verbindung zu bringen sind. Sie sind durch die nach Oporto gelangten Truppen energisch unterdrückt worden. Die Regierung hat es aber nicht für nötig gehalten, die konstitutionellen Garantien zu suspendieren. — Ähnlich wie mitgeteilt, daß in Oporto 155 Verhaftungen, darunter 11 von Militärpersonen, vorgenommen wurden. Es sind Maßnahmen getroffen worden, um die Flucht der bloßgestellten Persönlichkeiten zu verhindern. In Lissabon wurden sieben Verhaftungen vorgenommen.

Gewerkschaftliches.

Zur Metallarbeiter-Aussperrung in Thüringen.

Die Aussperrung der Metallarbeiter in Thüringen ist jetzt soweit beendet, daß nur eine allgemeine offizielle Verbindung zu erfolgen braucht.

Die Ortsgruppe Gera des Verbandes Thüringer Metallindustrieller hat nach einer Aussperrung ihres Verbandes auf die Forderungen der Arbeiter die folgende Antwort:

1. Die Arbeitszeit wird in sämtlichen Betrieben, wo sie noch nicht 59 Stunden beträgt, auf 59 Stunden herabgesetzt.
2. Es wird eine sofortige Teuerungszulage gewährt von 1 Pf. pro Stunde, und zwar für alle in Lohn geleistete Arbeitszeit.
3. Ab 2. Januar 1912 wird die Arbeitszeit auf 58 Stunden reduziert mit gleicher Teuerungszulage von 1 Pf.
4. Am 1. Juli 1912 wird die Arbeitszeit auf 57 Stunden herabgesetzt unter Gewährung einer Lohnzulage von 1 Pf. pro Stunde wiederum für die in Lohn geleistete Arbeitszeit.

Für die Aussperrten wurde darauf am Freitag das folgende Ultimatum an die Ortsgruppe Gera der Thüringer Metallindustriellen gestellt:

1. Die Arbeitszeit wird in sämtlichen Betrieben, wo sie noch nicht 58 Stunden beträgt, auf 58 Stunden herabgesetzt.
2. Es wird eine sofortige Teuerungszulage gewährt von 2 Pf. pro Stunde, und zwar für alle in Lohn geleistete Arbeitszeit.
3. Am 1. Juli 1912 wird die Arbeitszeit auf 57 Stunden herabgemindert unter Gewährung einer Lohnzulage von 1 Pf. pro Stunde, wiederum für die in Lohn geleistete Arbeitszeit.

Die Unternehmer stimmen dem zu. Die am Freitag, den 28. September, folgende Verammlung der Arbeiter beschloß, nun die Arbeit zum Montag, den 2. Oktober, zu folgenden Bedingungen aufzunehmen:

1. Die Arbeitszeit wird in sämtlichen Betrieben, wo sie noch nicht 58 Stunden beträgt, auf 58 Stunden herabgesetzt.
2. Es wird eine sofortige Teuerungszulage gewährt von 2 Pf. pro Stunde, und zwar für alle in Lohn geleistete Arbeitszeit.
3. Am 1. Juli 1912 wird die Arbeitszeit auf 57 Stunden herabgemindert unter Gewährung einer Lohnzulage von 1 Pf. pro Stunde, wiederum für die in Lohn geleistete Arbeitszeit.
4. Arbeitszeit wird vergütet für die ersten Stunden mit 25 Prozent, für die spätere Zeit und für Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Aufschlag, aus wiederum für die in Lohn geleistete Arbeitszeit. Es sollen jedoch alle diejenigen Arbeiter, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes nach Feierabend oder über Sonntag geleistet werden, mit 25 Prozent als Lohnzuschlag vergütet werden.
5. Wenn Akkordarbeiter Überstunden machen, so erhalten sie 10 Pf. pro Stunde Ergänzergütung neben ihrem Akkordverdienst.
6. Eine Erhöhung der tatsächlich ungünstig stehenden Arbeiter soll in der Richtung vorgenommen werden, daß dieselben

den anderen, auskömmlichen Akkorden annähernd gleich gestellt werden.

7. Organische Maßregelungen finden nicht statt, ebenso wenig Befähigung Arbeitswilliger.

8. Die Einstellung der bisherigen Arbeiterkraft erfolgt so, wie in den Protokollen der einzelnen Firmen zugelegt. Die Arbeit ist in Gera in allen Betrieben am Montag, den 2. Oktober, aufgenommen. Die Einstellung erfolgt derartig, daß in einigen Tagen alle Arbeiter eingestellt worden sind.

Auch in Jüterbochen erklärte die Thüringer Kabel- und Stahlwarenfabrik, alle ausgesperrten und freizulassen Arbeiter mit Ausnahme der Schmelzer einstellen zu wollen und daß prinzipielle Bedenken gegen die Einstellung der Arbeiter nicht vorliegen. Auf Grund der Erklärung wurde mit der Firma zur Festlegung von Vereinbarungen für die Wiederaufnahme der Arbeit in Verhandlung getreten. Die Arbeit ist am 28. September von etwa 260 Personen aufgenommen und von den anderen zum größten Teile bis jetzt ebenfalls angetreten.

Damit ist der erste Schritt in Jüterbochen durch die Macht der Organisation, der sich die Firma beugen mußte, ehrenvoll beendet.

In Saalfeld a. S. wo die Verhandlungen für jeden Betrieb besonders geführt werden mußten, wurde die Arbeit ebenfalls nach den so erzielten Vereinbarungen aufgenommen, was im Laufe der vergangenen Woche in allen Betrieben geschehen und soweit durchgeführt ist, daß noch etwa 30 Personen ihren Arbeitsantritt in der nächsten Zeit vornehmen sollen.

Die Regelungen zur Beendigung der Aussperrung in Saalfeld a. S. war der Ortsgruppe der Arbeiter, gebildet in Saalfeld a. S. und in letzter Stunde der Ortsgruppe Erfurt überwiegen worden, nachdem von Saalfeld a. S. eine Regelung nicht mehr in Aussicht zu nehmen war. Die danach von den Ausschüßern angebotenen Verhandlungen ergaben die Bereitwilligkeit der Firma, alle Arbeiter sofort einstellen zu wollen. Die Firma lehnte jedes Zugeständnis zu den vorhandenen materiellen Wünschen der Arbeiter ab. Da auch wiederholte Verhandlungen keine Verständigung ermöglichten und die Arbeiter schon soweit mit ihren Forderungen zurückgegangen waren, daß die bestehenden Forderungen gegenwärtig keine Über mehr redigierbaren, wurde die Aufnahme der Arbeit zum Montag, den 2. Oktober, beschlossen.

Damit ist die Aussperrung in Thüringen beendet. Für den Metallindustriellen-Verband bedeutet sie ein Risiko, für die ausgesperrten Arbeiter relativ einen Erfolg, wie er unter den gegebenen Umständen nicht größer sein konnte. In Zukunft werden die Metallindustriellen mit ihrer Aussperrungspolitik wohl etwas vorsichtiger zu Werke gehen.

Eine größere Lohnbewegung im Steinbruderverber bereitete sich vor. Die Lithographen und Steinbruder in Leipzig haben bekanntlich Forderungen an die Unternehmer gestellt, die in der Hauptsache in Verklärung der Arbeitszeit, Regelung des Mindestlohnes und des Lehrlingsverhältnisses und allgemeiner Lohnzulagen bestehen. Es kam zu Verhandlungen hierüber zwischen Vertretern des Unternehmerverbandes und des Gehilfenverbandes, die aber scheiterten, weil die Unternehmer so gut wie keine Zugeständnisse machten. Seit Sonnabend, den 23. d. M., haben nunmehr in Leipzig rund 1000 Lithographen und Steinbruder im Streik.

Eine Gauleiterkonferenz des Gehilfenverbandes beschloß, für die Lithographen und Steinbruder in Rürnberg, Fürth, Stuttgart, Cannstatt, Frankfurt, Offenbach, Rrimmsbach und Kassel dieselben Forderungen auszusprechen, wie die Leipziger an die Unternehmer gestellt haben. Die Unternehmer haben daraufhin überall gleichlautend erklärt, daß sie die eingetragenen Forderungen der Zentrale des Unternehmerverbandes überwiegen hätten. Die Arbeiter betrachten das als ein Verdrüßungsmaßnahme und haben am Sonnabend, den 23. d. M., in den genannten Städten die Kundgebung eingeleitet. Auch in der bekannten Firma Sagelberg in Berlin kam es zur allgemeinen Kundgebung. Der Kampf richtet sich nun gegen Firmen, die dem Unternehmerverband angehören, der nicht gewillt ist, den Gehilfen annehmbare Zugeständnisse zu machen. Nach dem jetzigen Stande sind außer den 1000 Lithographen und Steinbrudern, die in Leipzig bereits im Streik stehen, noch rund 2000 in den verdrüßten Städten in Kundgebung. Außerdem werden in sämtlichen Schuppenverbandsfirmen in Deutschland die Überstunden verweigert. Auch die Steinbruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen haben sich der Bewegung angeschlossen und ebenfalls Forderungen an die Unternehmer gestellt. Es ist nicht möglich, daß sich die Bewegung noch auf weitere Städte ausbreitet, auch kann vom Unternehmerverband eine allgemeine Aussperrung angeordnet werden; bestimmtes ist darüber aber noch nicht bekannt.

Werbungen über Gewerkschaftskämpfe.

Differenzen im Schneidergewerbe. In Hagen in Westfalen haben die Damenschneider die Arbeit eingestellt, weil die Arbeitgeber sich weigerten, mit den Gehilfen über den eingetragenen Tarifvertrag zu verhandeln.

In Bonn haben ebenfalls die Damenschneider an die Firmen die Forderung gestellt: Die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln.

In Elberfeld sind die Tagelöhner bei der Firma Esders u. Dohdof wegen Mangelzahlung eines Kollegen und wegen verdrüßter Mißstände (so wurde unter anderem den Leuten an der Werkbank das Sprechen verboten) ausständig.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Kupfer-schmiede in Berlin. Zwischen der Berliner Kupfer-schmiedezunft, dem Verein der Kupfer-schmiedezunft und dem Verbande der Kupfer-schmiede ist es nach langwierigen Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen.

Der Formschneiderei in Griesheim bei Darmstadt, der seit Anfang Dezember vorigen Jahres auf beiden Seiten mit großer Hartnäckigkeit geführt wurde, ist am 28. September durch Verhandlungen beigelegt worden. Zugestanden wurden die geforderten, im Formschneidergewerbe allgemeinen üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die noch vorhandenen Streitenden werden wieder eingestellt.

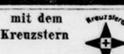
Eisenbahnerstreik in Amerika. In Chicago sind am Freitag vormittag 10 Uhr 35 000 Werkstätten-Angestellte der Harrison-Linien und der Illinois-Central-Bahn in den Streik ausgetreten.



Sparen hilft

Achtung vor Nachahmungen!

MAGGI'S Würze



Die dünne Wasserruppe, jede schwache Bouillon, ebenso Saucen, Gemüse und Salate erhalten augenblicklich unvergleichlich feinen, kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI'S Würze. Verwendungsanleitung befindet sich bei jeder Originalflasche. — Probierflaschen 10 Pf.

„MAGGI'S gute, sparsame Küche.“

Für die neue Wohnung

Kleinformel.		Kleinformel.		Kleinformel.		Kleinformel.		Korbwaren.	
Paneele	2.95 95 50 35 ^{zst.}	Wandspiegel	50 25 15 6 ^{zst.}	Zigarrenschänke	v. 18. - bis 35 ^{zst.}	Fußlemer	3.50 2.95 1 ^{45zst.}	Marktkörbe	1.95 1.45 90 ^{zst.}
Bücherregalen	5.50 2.95 90 ^{zst.}	Salonspiegel	2.95 1.95 1 ^{25zst.}	Vogelbaner	von 12. - bis 35 ^{zst.}	Triumphstühle	von 20.00 bis 7 ^{45zst.}	Tragekloppen	2.45 1.95 1 ^{45zst.}
Handtuchhalter	95 50 35 ^{zst.}	Bauernische	von 8. - bis 90 ^{zst.}	Vogelbanerstände	3.00 2 ^{45zst.}	Wandbilder	1.25 95 38 ^{zst.}	Washkörbe	2.95 1.95 1 ^{10zst.}
Handwehständer	88 ^{zst.}	Blüstenständer	90 ^{zst.}	Serviertische	von 16.50 bis 6 ^{95zst.}	Salonbilder	4.50 3.95 2 ^{95zst.}	Staubtuchkörbe	48 24 ^{zst.}
Kleiderleisten	25 10 ^{zst.}	Rauchtische	von 5.50 bis 85 ^{zst.}	Schirmständer	2.45 1.25 85 ^{zst.}	Hoeker	von 9.50 bis 3.50 90 ^{zst.}	Zeitungsmappen	50 38 ^{zst.}
Haussegen	1.45 95 48 6 ^{zst.}	Rekbretter	95 75 48 25 ^{zst.}	Toilettekasten mit Spiegel	45 ^{zst.}	Fussbänke	1.25 90 ^{zst.}	Reisekörbe	7.50 6.50 4.50 2 ^{25zst.}

Gartinenstangen	von 1.65 bis 28 ^{zst.}
Rosetten mit Stift	22 12 9 ^{zst.}
Portierenstangen	komplett, Holz und Messing 1 ^{95zst.}



Toilette-Tische weiß lackiert	19 ^{50zst.}
Blumen-Tische	14.50
Blumen-Krippen	17.50 18.50 9 ^{50zst.}

Halle a. S., Grosse Ulrichstrasse 54.

Soz. Verein, Bitterfeld.

Mittwoch den 4. Oktober abends 8 1/2 Uhr im Hohenzollern:

Mitglied.-Versammlung

Tagesordnung:

- Berichterstattung vom Parteitag.
- Auffstellung d. Kandidaten z. Stadtverord.-Wahl.

Referent: Genoss. Raute. Der Vorstand.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Neutraler Guttemplerorden

Schaufenster-Wanderausstellung

Alte Promenade 10 (neben Bratwurstglocke).

In Nr. 390 des Volksblattes befindet sich eine Anzeige, die auf die Ausstellung der Guttemplerlogen Nr. 995 des J. O. G. T. hinweist. Der Name der Loge wird verschwiegen. Die einfachen Buchstaben J. O. G. T. und J. O. G. T. M. können aber leicht verwechselt werden, wenn, wie hier, der Logenname fehlt. Darum müssen wir, die der Halleschen Arbeiterschaft wohlbekannte Loge „Zum Salzgrafen von Halle“ Nr. 199, unterstellt der Deutschen Großloge des „Neutralen Guttemplerordens“, die Unterschiede der beiden Orden aufzeigen: Die Loge „Moritzburg“ des J. O. G. T. baut sich auf christlicher Grundlage auf, in den Sitzungen werden Gebete gesprochen und Bibelsprüche verlesen. — Die Loge „Zum Salzgrafen von Halle“ des J. O. G. T. Neutral dagegen hat ihr Ritual auf allgemeine sittliche Grundlage, ohne die Lehrsätze irgend einer Kirche zu benutzen, gestellt.

Der Neutrale Guttemplerorden unterscheidet sich ausserdem von Internationalen Orden durch grössere Freiheit in der Verfassung, auch verlangt er beim Eintritt keine Geldbühne auf Lebenszeit.

Er ist es somit vor allem, der für die Arbeiterschaft in Frage kommt. Wer mehr wissen will, verlange kostenlos Aufklärungsschriften vom Unterzeichneten. Der „Neutrale Guttemplerorden“ will in Kürze hier eine zweite Loge, die sich nur aus organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen zusammensetzt, stiften. Auch darüber erteilt Auskunft:

Loge „Zum Salzgrafen von Halle“ Körperschaftliches Mitglied des Dürerbundes. Walth. Saalfeld, Gröfchwitz, Talstr. 12.

Nicht nur Freitag, sondern jeden Tag gibt es in der

„Nordsee“ frische Seefische

von bekannter Güte.

Morgen früh frisch:

- Goldbarsch 18^{zst.}
- Seelachs ohne Kopf 22^{zst.}
- Schellfisch ohne Kopf 35^{zst.}
- Bratschelle 28^{zst.}
- Karbone 35^{zst.}
- Bratschellfisch 3^{50zst.}

„Nordsee“ Str. Ulrichstr. 58. Tel. 1275.

Ein Waggon Linoleum

Bedruckte Reste Meter von 50 Pf. an Käufer 80

Linoleum-Zeppiche von 4.50 M.

Einfarbig, bedruckt, inlaid, Linoleum für Zimmer und Treppen zu Ausnahmepreisen im

Linoleum-Laden, Königstr. 18.

Fernsprecher 508.

Blasenleiden.

Ich hatte ein veraltetes Nieren- u. Blasenleiden. Seit ärztlicher Rat traf ich die blühendste Wurzelschmelze (Job-Gifen-Mangan-Reduktionsmittel). Schon nach 3 W. fühlte ich mich als ganz anderer Mensch. Die Urinabsonderung wurde lebhaft u. schmerzlos u. blieb es leitend. Jede Nacht nie zu mehr und gerund gefüllt wie jetzt. S. W. Westf. wozu empfohlen. N. 95 Pf.

Sie haben bei: Wilhelm Hofer, Schiffstr. 58-60en gross in der Bahnhof- u. Löwen-Apothek; bei Herrn. Pfahl, S. Mühlengraben 75; Hugo Schulze, Bernburgerstr. 32; H. Stitz Nachf., Str. Steinstr. 48; Bruno Rädler, Rannichstr. 2; Oskar Ballin Jr., Leipzigerstr. 68; Max Berthold, Str. Sieringstr. 48.

Unter der täglichen Kontrolle des heidigen Gerichtschemikers Dr. Ad. Langfuth Altona. hergestellt

Pumpen, altes Eisen, Papier, alte Zeitungen, Gummi

Alte Zeitungen, Gummi, Papier, Eisen, altes Eisen, Pumpen, altes Eisen, Papier, alte Zeitungen, Gummi

A. Samuel, Markt 1.

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandl.

Flecken, alte Zeitungen, sowie sämtliche Altmaterialien kauft Fr. Jesberg, Schiffstr. 19, 9. l.

Wohnungs-Anzeigen

Brundl. Wohnung, 2 St., K., 4. Speisek. u. Zubehör, f. 370 ob. 400 M., Hof. ob. l. v. v. Meckstr. 1.

2 St., K., u. u. Zub. Gas, Hof. ob. l. Jan. 3. verm. Kuttelhof 6, l. r.

Lotterie

12 158 Gew. l. Werte v. Mk.

90000
15000
10000
5000

Lose à 50 Pf., 11 Lose Porto und Liste 30 Pf. versendet

General: Ferd. Schäfer, Debit: Gusselstr. 24, Düsseldorf

Auch zu haben in allen bekannten gemachten Verkaufsstellen.

Streichfertige Oelfarben

in allen Nuancen.

Emaille-Lack

zu Fenstern, Türen, Blech-Zuleiten, Kinderwagen, Fußboden-Lackfarbe, trocknet über Nacht glasklar, per Kilogramm 1.50 Mark, bei 5 Kilogramm 1.40 Mark, empaßt!

Max Rädler, Farbenhandlung,

Halle a. S., Mannischestraße 2.

Billards,

auch gebrauchte, Cueues, Bälle in allen Sorten und Größen, sämtliche Billard-Artikel und Billard-Bezüge liefert billigst

Pflanzenbutter-Eigelb-Margarine

„Frischer Mohr“ als Bratbutter 67 Pf.

Pflanzenbutter-Süssrahm-Margarine

„Luzia“ als feine Tischbutter 62 Pf.

Vollreife Margarine-Käse

„Imhor“ als Reiskost zu braten 69 Pf.

alles in Postkörb. à 9 x 1 € franko jeden Postort Deutschlands. Nach Wahl von allen 3 Sorten gemischte Korb. Nachnahme oder monatliche Abrechnung. Nichtgefallendes nehmen unbenutzt zurück.

Maurer

Jeder strebsame Maurer kann sich zu Hause auf billige Weise durch meine dreifachen Unternehmerräte zum tüchtigen Helfer, Bauarbeiter, Betonmischer usw. ausbilden. Für den Unterricht genügt eine Abendstunde täglich. Schulplan und Näh. kostenfrei durch

C. Drescher, Bauführer,

Goldschmieden, Post-Deutsch-Liga.

Für einen 14jährigen Jungen wird eine Lehrstelle

Pflegestelle

geucht. Off. erbeten unt. H. D. an die Expedition des Blattes.

Bäckermeister

welcher Brotfabrik selbständig leiten kann und

Müllermeister

für Roggenmühle geucht.

Offerten: „Brotfabrik“ an Invalidendank, Verdingstr. 2, erb.

Frische Matronen

pro Hund 1 Mt. 20 Pf., zu haben bei

Carl Boock, Marktstr. 1, Zuerch. und Leipzigerstr. 61/62.

Kohlenhandlung

von J. Banse, Adolkenweg 30, liefert

erftlängige Britetts

von 65 Pf. an frei Gefehr.

II. selbstgekohtes Pflaumen-Mus

10 Pfd.-Eimer 3.25 Mk., 25 Pfd.-Eimer 7.75 Mk. versendet gegen Nachnahme

B. Trautwein, Wesserschenbrunn, Post Vitzendorf.

Frauen

Sichere Hilfe bei Störung und Etodung der Periode.

Stärke 1.44. - 2.46.50, 3.48. -

Fl.-Dep. Dr. Conrad Scheidig, Halle a. S., Gräfstr. 3a, v. Damenoberbekleidung, Kinderteile.

Raumfahren jeder Art bei bill. Abh. Ackermann, Mühlberg 10.

Radfahrer

besuchen Ihren Bedarf am vorvollständigsten durch uns. Reichhaltigste Preisliste gratis. Hans Hartmann & Co. Eisenach 66. Köhler Sportwaren Ritzdeutschland.

* H. Reichmann, 2000 Straßburger, Mühlberg, u. Chemnitz, H. Rindertische bei bill. abh. Fr. Jesberg, Halle a. S., Schiffstr. 19, 9. l.

Altonaer Margarine-Werke

MOHR & Co., G. m. b. H. Altona - Ottensen.

Waschgefesse

banerf. billigt Mittel d. H. - 20. - 3. Zander, Str. Mühlberg 12. Materialver. d. H. Eisenach - Buchh.

Rock-, Hosen- u. Westen-Lager-Schneider

S. Weiss.

sofort gesucht.

Konsumverein Glesien u. Umy. (E. G. m. b. H.)

Wir suchen für sofort für unsere Geschäftsstellen Glesien und Radefeld je eine lernende Verkäuferin.

Meldungen sind an den Vorstand d. Vereins zu richten.

Ausichtspostkarten

empfiehlt die Volksbuchhandl.

Hans Senf

im Alter von 7 Jahren. Um tücht. Verkauf bitter Familie Senf.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. J. Ignor. - Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) - Verleger: vorm. Aug. C. o. b. jetzt H. J. S. h. n. g. - Sämtl. i. Halle a. S.

Kommunale Lebensmittelversorgung.

Die preussische Regierung an die Gemeinden.
Von Angst vor den kommenden Wahlen gequält, hat die preussische Regierung einen Sondererlass herausgegeben, in dem sie die Gemeinden auffordert, dem Wunsch der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen nach Einrichtung eines kommunalen Lebensmittelbetriebes nachzukommen. Der Erlass fällt zunächst gegenüber den Einwänden der Fleischhändler an der Feststellung fest, daß gewisse Schweinepreisen der Schlachtmärkte und den Fleischpreisen des Detailhandels eine zu große Spannung besteht; sobald fällt er fort:

Diese Ergebnisse zeigen mit Deutlichkeit, daß das für die Volksernährung mehr und mehr an Bedeutung gewinnende und namentlich für die Bedürfnisse der unheimlicheren Volksschichten wichtige Schweinefleisch auf dem Wege von der Erzeugungstätte zum Verbraucher in außerordentlichem Maße verteuert wird. Dieses Verhältnis zwischen Schweinepreisen und Schweinefleischpreisen wird auch neuerdings in der Weisung der Tagesgeschichten fast aller politischen Parteienrichtungen gebührend beachtet, wobei dringende Abhilfe verlangt wird. Selbstverständlich kann es nicht Aufgabe des Staates sein, unmittelbar einzugreifen; hier müssen die Kommunen eintreten.

Eine wirksame Betätigung der städtischen Verwaltungen auf diesem Gebiete erscheint uns so dringender, als die lange Dürre dieses Jahres eine Anzahl anderer notwendiger Nahrungsmittele, darunter das wichtige Nahrungsmittel der unheimlicheren Bevölkerungsschichten, die Kartoffel, teils schon in bedauerlichem Maße verteuert hat, teils zu verteuern droht. Daher wird in denjenigen Staaten, in denen ein Bedürfnis hierzu besteht, auf die Gemeindeverwaltungen, soweit sie nicht schon selbst Schritte getan haben, dahin einzumischen sein, daß Maßnahmen zur Verbilligung der Lebensmittel, insbesondere aber der Fleischversorgung, getroffen werden.

Es wird sich im weitestmöglichen Rahmen handeln, daß — zweckmäßigerweise durch besonders zu bildende Ausschüsse — mit den Fleischern über eine den Viehpreisen angemessene Festsetzung der Fleischpreise verhandelt wird. Sollten diese Erörterungen erfolglos sein und die Behörden zu der Überzeugung gelangen, daß die Fleischpreise zu hoch sind, so muß dringend empfohlen werden, die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch durch

von den Städten einzurichtende Verkaufsstellen in Angriff zu nehmen, wie solches während der vor zwei Jahren herrschenden Fleischknappheit mehrfach mit Erfolg geschehen ist. Des weiteren läßt die Frage der billigeren Beschaffung von Fleisch und ihrer Abgabe an die Bevölkerung auf besonders einwirkenden städtischen Fleischmärkten in Betracht. Eine Reihe von Städten ist bekanntlich schon in der Richtung mit Erfolg tätig gewesen. Einmal würde noch zu prüfen sein, ob nicht auch durch den regelmäßigen Bezug von anderen Nahrungsmitteln des Massenverkehrs, beispielsweise von Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Kohlräuten, eine Verbilligung der täglichen Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung erreicht werden kann. Um eine solche Wirksamkeit zu erleichtern, hat das Staatsministerium in seiner Sitzung vom 16. Oktober bereits beschlossene, Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen, die Lebensmittel dieser Art zu oder unter den Selbstkostenpreisen zu verteilen, bei dem Besitze besonderer Frachterleichterungen zu gewähren. Auf diese Sondervergünstigung ist besonders aufmerksam zu machen.

Dieser Erlass, den die Not und das Streben, die agrarischen Lebensmittelknappheiten zu entlasten, der preussischen Regierung abgerufen hat, ist ein nicht gering zu schätzender Erfolg der sozialdemokratischen Kommunalpolitik. Freilich zunächst nur ein prinzipieller Erfolg, noch kein praktischer! Der praktische Erfolg wird erst erreicht sein, wenn die Gemeinden daran gehen, die ihnen zugewiesene Tätigkeit in weitem Umfang auch wirklich auszuführen.

Dann wird es aber auch möglich werden, erfolgreich gegen die agrarischen Kartellvereine vorzugehen und das Verbilligungsgesetz der Regierung zum Schutze zu bringen. Die Gemeinden müssen zeigen, daß sie das Mehr tun, um die Not abzumehren, dann wird die Bahn für weitere notwendige Schritte frei werden.

- Das sozialdemokratische Programm zur Abwehr der Hungersnot bleibt unverändert:
- Kommunaler Vertrieb der wichtigsten Lebensmittel!
- Aufhebung der Fleischfabrike!
- Suspension der Hölle auf Futtermittel und Lebensmittel!
- Schließung der veterinärpolizeilichen Übermaßregeln auf das Vieh des wirtlichen Notwendigen!
- Staatlich geförderte Einfuhr von überseeischen Fleisch!

Notstandsmaßnahmen für die — Schnaps junfer. Wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, gelten die Tarifermäßigungen, die — angeblich zur Bekämpfung der Zuckerung — auf den preussisch-hessischen Staatseisenbahnen eintreten, u. a. für Futtergetreide und Mais zu Futtermittel und Brennereizwecken. Dem juristischen Fußfesseln werden also nicht nur, entgegen den Bestimmungen des Viehtransportgesetzes, das Recht zur Verarbeitung von nicht im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb gewonnenen Getreide und Mais eingeräumt, sie erhalten außerdem auch noch für die Verbilligung dieser Stoffe zur Futtermittelproduktion besondere Frachterleichterungen eingeräumt. Und das nennt man dann „Bekämpfung der Lebensmittelnot“!

Quittung.

Halle. Für Parteizwecke. 14. Dittich, Stadt, 1. Rate Oktober 16.00 M. 17. Dittich, Notenburg und Umgang, für Oktober 16.00 M. Reinwand.

Zum Reichstags-Wahlfonds.

Halle. Sachverständiger bei Paul Kohl 3.00 M. Von Erdmann durch Quale 2.68 M. Reinwand.

Aus den Nachbarkreisen.

Gendarmen-Übergriffe beim Vergarbeiterstreik.

Das hallesche Schöffengericht befristigte sich am Sonnabend mit Vergären, deren sich einige Streikposten angeblich haben zuschulden kommen lassen. Die Prozesse dokumentieren wieder einmal, daß die Gendarmerie gelegentlich des letzten Vergarbeiterstreiks im mitteldeutschen Braunkohlenrevier zweifellos sehr unberühmt zu Werke gegangen war. Angeklagt war der Vergarbeiter Koch aus Zeutschenthal, der eines Tages im Juli mit Erlaubnis eines Weibers auf dessen Privatgrundstück gestanden hat und die Aufforderung des Gendarmenwachmeisters Stiegel, sich sofort zu entfernen, nicht nachgegeben sein soll. Der Angeklagte meinte, er wisse gar nicht, wie der Wachmeister dazu gekommen sei, ihn von dem Privatgrundstück wegzujagen; der Beamte habe durchaus unberechtigt gehandelt. Der Richter hielt dem Oberwachmeister vor, ob er denn nicht wisse, daß das Kammergericht schon sehr oft entschieden habe, daß das Streikpostenfischen erlaubt sei und nur in ganz konkreten Fällen — bei Gefährdung der Sicherheit usw. — eine Verweisung gegeben könne. Der Wachmeister blieb die Antwort schuldig. Der Amtsanwalt beantragte jedoch die Freisprechung. Der Verteidiger schloß sich diesem Antrage an und meinte, der Wachmeister schiene bei der Anzeige doch ziemlich frohd zu Werke gegangen zu sein. Wegen dieser Verurteilung wurde der Verteidiger in eine Ordnungstrafe von 10 M. genommen; der Angeklagte mußte jedoch kostenlos freigesprochen werden.

Dann betrat der Vergarbeiter Karl Wöndt aus Schönblick die Anklagebank. Er wurde beschuldigt, am 21. Juli d. J. auf der Straße von Wansleben nach Eisdorf die „Wegsamkeit usw.“ geübt zu haben und der Aufforderung des Gendarmenwachmeisters Fuchs, sich zu entfernen, nicht sofort nachgegeben zu sein. Auch in diesem Falle hatte sich der Beamte eines Hefters geübt, schuldig gemacht. Ein zweiter Wegsamkeit sagte aus, er und W. hätten tatsächlich Streikposten gestanden, aber der Aufforderung des Beamten, sich sofort zu entfernen, gleich Folge geleistet. Sie wollten nach Schönblick zurück; der Beamte wollte aber haben, sie sollten sich nach dem entgegengesetzten Richtung hin zurückbewegen. Der Wachmeister soll dabei sehr ausfallend geworden sein und verurteilte seine Maßnahmen mit den Anordnungen seines Vorgesetzten, des Oberwachmeisters, zu rechtfertigen. Er sollte Streikposten auf der Straße nicht haben. Dieser Fall handelte sich einmal vor dem Schöffengericht zur Verhandlung und der Amtsanwalt wie auch der Gerichtsprokurator rügte die Härte des Urteils. Die Streikposten haben schließlich gar nicht gewußt, wo sie hingehen sollte. Daß der Angeklagte gleich abzulassen sollte, habe der Beamte nicht verlangen können; er vernichte, daß W. dem Befehl des Beamten Folge leistete. Der Verteidiger wies darauf hin, daß von der Streikleitung auch im Volksschicht wiederholt darauf hingewiesen worden ist, die Streikposten sollten sich jeder Verbilligung der Streikbrecher enthalten; es ist sogar mit Entziehung der Streikbrecherstrafe gedroht worden. Selbstverständlich wurde auch Wöndt freigesprochen.

Wir lassen es dahingestellt, ob gegen die Beamten der Gendarmerie auf Grund der beiden Urteile irgend etwas unternommen wird, erachten es aber als die Pflicht des Landrats, die ihm unterstellten Beamten zu befehlen, wie sie sich künftig Streikposten gegenüber zu verhalten haben.

Der Polizeikampf gegen die arbeitende Jugend.

Seit länger als Jahresfrist führt die Polizei in Raumburg einen rigorosen Kampf gegen die Arbeiterjugendbewegung. Der Polizeikampf hatte dazu geführt, daß der seit Juli 1909 bestehende Jugendbildungsverein aufgelöst wurde. Vier Genossen, Heide, Oestl, Saife und Burgau, welche dem Jugendbildungsverein befehlen Strafanträge von je 15 M. Die sollen Vorstandsmitglieder dieses „politischen“ Vereins gewesen sein und als solche es unterlassen haben, der Polizei Statist und Vorstandsliste einzureichen, auch Personen unter 18 Jahren in dem Verein gebildet haben. Gegen die Strafanträge wurde Einspruch erhoben. Bald danach rednete es erneut Strafanträge. Diesmal erzielte Genosse Heide ein Strafmandat über je 2 M. Die sollen an Versammlungen, in welchen politische Angelegenheiten erörtert worden seien, teilgenommen haben. Auch gegen diese Strafanträge wurde Einspruch erhoben.

In beiden Sachen wurde in 10stündiger Sitzung vor dem Schöffengericht in Raumburg verhandelt. Die Polizei hatte nicht weniger als 50 Zeugen aufgeführt. Das Ergebnis in der ersten Sache war, daß trotzdem alle vier Angeklagten freigesprochen werden mußten. Es wurde festgestellt, daß die Angeklagten gar nicht als Leiter des Vereins angesehen werden konnten, und weiter stellte sich das Gericht auf den Standpunkt, daß auch die Verhältnisse einzuwirken sei. Der Verein ist, wie auch der Polizei bekannt war, im Juli 1909 gegründet und damals ist auch ein Vorstand gewählt. Dieser hätte eventuell innerhalb drei Monaten nach Gründung zur Verantwortung gezogen werden können und nicht jetzt die Angeklagten.

Das Ergebnis der Verhandlung in der zweiten Sache war, daß sämtliche elf Jugendliche freigesprochen wurden. Reingeht wurde, daß die jungen Leute in dem Jugendheim Unterhaltungs- und Gesellschaftsspiele geübt, Weilsieder und einmalige auch politische Reden gehalten, und gelegentlich auch politische Reden gehalten. Es waren auch Vorträge nichtpolitischen Inhalts gehalten worden. Richter erklärte das Gericht in den vereinzelt vorgekommenen Fällen von Zerschlagung geübten und politische Zeitungen mitgebracht worden, nicht eine „Erörterung politischer Angelegenheiten“ und kam zur Freisprechung. Genosse Heide wurde von zwei Strafbefehlen freigesprochen. Die Sache liegt so: Als Ende Dezember v. J. der Jugendbildungsverein aufgelöst wurde, wurde eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher auch die Wahl eines Jugendausausschusses vorgenommen wurde. Der Jugendausausschuß wählte Heide als Chairman. Das Gericht erklärte, man in diesem Jugendausausschuß einen Verein und ferner als Zweck dieses Vereins, junge Leute für die Sozialdemokratie zu präparieren, und es später dieser Partei als Mitglieder zuzugewinnen.

Nach der Rechtsprechung höchster Instanzen (Oberverwaltungsgericht) sei dieses aber als eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten“ anzusehen, somit habe der Verein Jugendausausschuß“ politische Zwecke verfolgt und Gebilde hätte der Polizei Statist und Vorstandsliste einzureichen müssen. Das sei nicht geschehen, deshalb müsse Verurteilung erfolgen, aber 15 Mark seien angemessen.

Die Polizei hat bei der probangegangenen Jugendtag wenig Zugabillig gehabt. „Der freilebende Berg gear ein Muslein.“ Das die arbeitende Jugend ist aber insofern stark genug geschaffen, als das Gericht entschieden hat, daß die Polizei in den Jugendheimen nichts zu finden hat.

Schönitz. Die frühreife Auspflanzung, die im Januar und Februar ds. J. in Schönitz, Leipzig und anderen Orten erhebliche Opfer forderte, beständigte heute Montag, auch noch das hallesche Schöffengericht. Anklage fand sich fünf Kärner geübt und ein Geschäftsführer von hier wegen Landfriedensbruchs. Die Angeklagten stellen sich im 18. Februar zusammengekommen und vier Angeklagte sollen auf der Konfirmande einen Arbeitswilligen-Transport durch Steinmühle bedroht und einzelne Personen mißhandelt haben. Die meisten Angeklagten betreffen ihre Teilnahme; einige Angeklagte wollten aus Remerde nach dem Taktort gefahren sein. Die Vernehmung der Angeklagten nahm eine geraume Zeit in Anspruch. Über den Verlauf der Verhandlung werden wir morgen ausführlich berichten.

Schönitz. Der Konfirmande Vorwärts für Schönitz und Umgebung hielt am Freitag seine Generalversammlung ab. Dem vom Geschäftsführer Gen. Müller erzielten Jahresbericht entnehmen wir folgendes: Der Konfirmande vollendete am 30. Juni sein zehntes Gedenkjahr. Die Mitgliederzahl stieg in der letzten Zeit von 276 auf 607. Aber auch diese Zahl ist im Verhältnis zu den gewöhnlichen und politisch organisierten Arbeitern noch gering. Im Fährden wurden in den zehn Jahren 124543 M. an Arbeitslohn und angeborene Mitglieder wurde Brot für 1211,60 M. verteilt. Die seit drei Jahren bestehende Arbeiterzelle zählte 536 M. für Strohpreise aus. Die vergangenen Jahre wurden im Laufe von 159,20 M. an Brot. Dies bedeutet ein Mangel von 8900 M. gegen 2800 M. Brot, was seinen Grund in der beständigen schlechten Baukonjunktur und der großen Kirchensteuererhöhung findet. Die Hofkammer der Mitglieder erhöhte sich um 1200 M. und betrug jetzt 24200 M. Das Geschäftsbüro der Mitglieder betrug am 30. Juni 1911: 16886,50 M. Es wurde ein Reinertrag von 17.665,25 M. erzielt, wovon 10 Prozent Dividende in Höhe von 15589,50 M. verteilt wurden. Ferner wurden dem Reservefonds 5000 M. und dem Dispositionsfonds 465,45 M. übermietet. Ertritte einer solche von 797,74 M. und letzterer 826,57 M. erreicht. Die Verwaltung wurde einstimmig genehmigt. Der Vorstand wurde Gen. Müller wiedergewählt. An den Mitgliedschaft wählte man die Gen. M. Wille, M. Dörmann und St. Wittig. Nach dem Bericht von der Generalversammlung der Großhandelsvereinigungen erklärte Gen. Müller Bericht über den Stand unserer Angelegenheiten. Der vom Vorstand am 28. Juni 1911 eingereichte Planlast ist von demselben aus dem Grunde, daß es noch nicht angebotenen Strohen eine Baugeschwindigkeit nicht erteilt werden kann, abgelehnt worden. Die Verwaltung wurde auf Befehl, Mittel und Wege zu suchen, um die Baugeschwindigkeit möglichst zu beschleunigen.

Sangerhausen. Freie Diibenden. Die Aktionäre der Sangerhäuser Maschinenfabrik dürfen nach „harter Arbeit“ ihrer wohlverdienten Lohn“ in Gestalt von 10% Prozent Dividende einbringen. Nach reichlichen Abrechnungen haben diesen 105 M. pro 1000 M. übrig. Das man auch der Arbeiterchaft bei der Generalversammlung heute, geht aus dem Bericht nicht hervor. Mit dieser wird man bald fertig; da gibt es ein kleines Vergütigen, der Wagen wird mit Bier gefüllt, und wenn dann der Arbeiter in der richtigen Stimmung ist, dann wird ihm erzählt, wie gut es ihm geht und wie man befreit ist, sein Los weiter zu verbessern. Nur ist die Geschichte die, daß die Arbeiter in der Unzufriedenheit nichts von den „Wohltaten“ verspüren. Lange Arbeitszeit und niedrige Arbeitslöhne sind von jeder an der Tagesordnung. Die Arbeiter der Maschinenfabrik sollten sich endlich auflehnen und sich der Organisation anschließen, um dadurch ihre traurige Lage selbst zu verbessern. Die einzelnen überführt die Unternehmungen hinunter eine Aufbebung, eine daß es den Arbeitern besonders schwer fällt. Nicht durch diese feiern wird die soziale Lage der Arbeiterchaft geboben, sondern harter Kampf ist erforderlich. Eine Kampf sein Sieg. Darum hinein in die Organisation!

Selbra. Aus dem Gemeinderat. An Stelle des verstorbenen Kaufmanns Biermann wurde Kaufmann Scheller zum Mitglied ernannt. Die Verhandlung über den Antrag aus dem Sinne ausgeschiedenen Ratesrates Gehlert Hofmann wurde Ratior Schmidt gewählt. Die Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses für Selbra und Bendorf wurde aus finanziellen Gründen abgelehnt. Ein Antrag des Bauunternehmers G. Koch wurde abgelehnt, weil jeder Hausbesitzer nach Rücksicht nach selbst verpflichtet ist. Weiter wurde beschlossen, an dem Vereinsheimlichen Grundstück Hofhof und Gassen anzulegen, am Umbau Reparaturen vornehmen und ein Schlachthaus anbauen zu lassen. Abgesehen wurde der von einem der Herren beantragte Eisenriegel und einer neuen Wanne ein Wärrer zu stellen.

Wittenberg. Liberale Wahlkämpfe. Wie wieder die Kandidatur Dove in unserer Wahlkreis noch immer ist, bereitet ein Artikel in der Allgemeinen Zeitung, indem ein Nationalliberal die Frage aufwirft: „Sollen die Nationalliberalen für den freiwirtschaftlichen Kandidaten Dove eintreten?“ Auch über diesen Entscheidungsfall wird ein Teil der Nationalliberalen an die Kandidatur Dove nicht heran, sondern hätte gar zu gern einen eigenen Kandidaten. Man darf sich deshalb auch noch auf einige Überlegungen gefast machen, zumal hauptsächlich im Zusammenhang die Gegenwahl gegen Dove groß zu sein scheint. Die Kandidatur Dove's befürwortet, daß auch in unserem Kreis die sozialdemokratischen Stimmen sehr stark anwachsen — was angedeutet der herrschenden Zustände nur zu erklärlich ist — daß die Möglichkeit vorliegt, daß außer Kandidat mit dem schwarzenblauen Genner Getze in die Stichwahl kommt. Das muß natürlich unter allen Umständen verhindert werden, denn in diesem Falle wäre die Schmach für die „verunglückten Liberalen“ doppelt groß, müßten sie doch absondern ihr wahres Gesicht zeigen und entweder für den Nationalen Dove in die Wahl gehen oder den Sozialdemokraten wählen. Das Ansehen unserer Stimmen unter den Liberalen, obwohl die Partei herauszuheben. Der Feind heißt rechts, was alle den größte Gefahr. So sehen wir, Genossen und Genossinnen, daß die politische Konstellation auch unseres Kreises immer mehr dahin drängt, die bürgerlichen Parteien aller Schattierungen zu einem gemeinsamen Kampfe gegen ein sozialdemokratisches, was vor uns zu meist beachten können, weil absondern das Volk mit in größerer Klarheit erkennen wird, daß keine wahren Freunde

nur die Sozialdemokraten sind. Je klarer aber das Kampffeld, um so leichter erfolgt unser Sieg.

Witterfeld. Achtung, Vereinsteilnehmer! Nächsten Mittwoch findet eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, in der der Bericht vom Parteitag gegeben wird, auch werden in dieser Versammlung die Kandidaten zur Wahlkommission am 2. März für den nächsten Parteitag gewählt. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Zerzang. Die Stadtbewohner werden in nächstfolgender Sitzung an Stelle des verstorbenen Stadtrats Jacobus den Kaufmann Friedrich Horitz zum Stadtrat. Der Wahlakt geht seit 1888 dem höchsten Wahlberechtigten-Stimmen an.

Schulze. Aus dem Parlament. In der letzten Sitzung des Reichstages wurde die Wahl eines Schulvorstandes vorgenommen. Da Herr Sonnenschein ausbleibt, so wurde Herr Wehler durch das Los gewählt, da vorher Stimmengleichheit vorhanden war. Dem Grundbesitz der Frau Sturm wurden durch die Richte die 100 auf der Seite und Wehler entsonnen, auf der Seite wurden die 100 aufgestellt. Mehrere arme Männer wurden monatlich jedes Mark bezahlt. Der Gemeindevorsteher gab noch bekannt, daß sich noch mehrere Unterzahlberechtigte gemeldet hätten, darunter auch Familie Lehmann. Die Gemeinde Vorsteher würde dadurch in Zukunft zu den Armenlisten mehr berücksichtigen werden.

Schulze. Die Quartalsabrechnung der Partei findet Mittwoch um 8 Uhr im Gasthof Föblich statt. Alle beteiligten Vorstands- und Kommissionenmitglieder, Neuzugeworbenen und Beitrittsexpedienten haben sich einzufinden.

Witterfeld. Das Gewerkschaftskomitee beschloß in seiner letzten Sitzung, daß mit Rücksicht auf die Reichstagswahl die Verhandlungen des Bildungsausschusses eingestellt werden. Auch sollen die geplanten Sitzungen und Versammlungen, die sich in nächster Zukunft abspielen werden, auf die Reichstagswahl zurückgestellt werden. Die Kosten des Komitee und die Teilnahmezahl 40 nicht übersteigen. Vom Delegierten der Fabrikarbeiter wurde mitgeteilt, daß bei der Firma Urban eine Lohnverhöhung ohne Rücksichtnahme erreicht wurde. Nachdem der Frau Kistenbericht, der letzten Vorstandssitzung entgegen genommen wurde, kamen verschiedene Anfragen über die diesigen Klassenarbeit zur Sprache. Es fehlten unerschuldigt die Gewissen Vogel und Galtig.

Ertrand. Es war wieder nicht. Vor einigen Tagen hatten einige Schweißgeräthe das Freigeordnetmal aufrecht, künigliche Weisheit geschickt, indem sie einen Antrag von Vertriebenen, das Land mit Wein und zur Krönung des Ganges dem oben hockenden Adler ein Haupterzfeld umgaben. Um die Unruhe, die nach Ansicht unserer Väter natürlich nur Sozialdemokraten sein konnten, ganz bestimmt zu vermeiden, ließ man sich extra einen Vorkämpfer kommen. Dieser, der hätte noch auch zu haben können, daß die „Zentralblätter“ nicht nur seine dreimal vermalene Sozialdemokraten, sondern traurige Patrioten sind, hätte man den Hund nicht herbeigeholt. Es wäre doch zu lächerlich gewesen, bei der Wahl mit diesem lächerlichen laubgedruckten Hundelohm zu treten zu können. In der deutschen Arbeiterbewegung wird sich besseres zu tun, als solchen lächerlichen Unfug mitzumachen.

Reumberg. Ein juristischgemeines Streifenstück. Vor der Berufungskammer wurde über die Weidung der Bergleute Elze und Janesky aus Großhessen verhandelt. Die waren vom Geizt Schweißgeräthe wegen Betrug gegen 3000 M. verurteilt worden. Der Anwalt eines Transportes Arbeitswilliger auf dem Bahnhofs Großhessen hatte sich dort eine Menschenmenge angeammelt. Die Genarristen transportierten die Arbeitswilligen aber nicht über die Straße, sondern gleich über das Bahnhofs nach der Schloßstraße. Die Arbeitswilligen soll nun nachgerufen werden sein. Die wird geteilt. „Der kommt aus der Welt“ — Werbt doch auf dem Wege, damit wir euch erlernen.“ — Die beiden Bergleute sollen die Unter gewiesen sein und unter Drohung einen föderlichen Zwang ausgeübt haben, außerdem auch groß gekniffen haben. Die Weidung hat sich nicht, aber das Urteil anhängen und die Sache zu nochmaligen Verhandlung an das Schöffengericht zurückverwiesen wurde.

Hus den Gerichtssälen.

Schöffengericht.

Die Commabehaltung befähigt sich mit einem Fall vorläufiger Fassung.

zu der als Angeklagter der Schloßberg Hermann Thomas Koro-111 als Weisheit, verurteilt, aus der Unterzahlverhaftung wurde. In der Sache waren 41 Zeugen und zwei ärztliche Sachverständige geladen. Der Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Wanie; die Anklage betraf diesmal Staatsanwalt Alzleben und als Verteidiger wurde Rechtsanwalt Gabel-Gieseler. Die Anklage wurde befähigt, am Abend des 6. Juni 18. Schöffengericht aus dem Schloßberg mit einem großen Schlachtermesser ertröden zu haben. Durch feindliche Jantereien, die im Alkohollager vor sich gingen, war wieder einmal ein blühendes Menschenleben vernichtet worden. Der Erlöschene war in dem Dasein der Welt als Feuergefährdungsmitglied und ganz unzulässig in der Welt. Der Angeklagte war ein Arbeiter der Feuerwehr und hatte sich von dem Hauptmann infolge unpünktlicher Festsetzung der Beiträge einige Minuta zugezogen. Dadurch entstand zwischen den beiden ein etwas gespanntes Verhältnis. Am Freitag hatte Schloßberg Bruder auf einem Weg ein Gegenstandsmitglied, der den Schloßberg veranlagte. Da er am betreffenden Tage Schloßberg Geburtstag war, ging auch K. zu dem Zeit, um seinem Vorgesetzten zu gratulieren. Als letzterer angeprochen wurde, drehte er aber K. den Rücken zu und tat so, als wenn er mit diesem „Wort“ nichts zu tun haben wollte. Dies Verhalten verlegte den K. zum Schloßberg mit anderen Offizieren freundlich war und einige Glas Bier zum besten gab. Gegen 10 Uhr abends trat K. nochmals in friedlicher Weise an Schloßberg heran; er wurde aber wieder abgewiesen. Dabei hatte ein Nebenmann von „politischen Kameraden“ und — „wir haben jetzt nichts weiter als Hölle unter uns“ — Daraus wurde K. noch mehr beleidigt und entgegnete, er sei kein Feind, er habe seinen Kellner nicht geglaubt; Schloßberg ließ sich den ertrödenen Feuergefährdungsmitglied und er werde ihm das schon antun. Der Angeklagte setzte ab und zu ins Bett zurück und verlegte gegen 12 Uhr Schloßberg einen Schlag ins Gesicht. Dafür erhielt er von Schloßberg ein paar einige Laster und wurde in Hölle geworfen. Der Angeklagte ließ darauf wieder in seine Wohnung, stellte ein großes Schlachtermesser in seine Tasche, stellte sich in der Nähe des Bettes hin und rief: Wer mit zu nahe kommt, der muß fürzen.

Am Vergingtag lief ins Bett und teilte die Drohung mit, um Schloßberg und sein Bedienten zu warnen. Der Angeklagte ließ die politische Antwort: Wer dem furchtbar in uns nicht! Als Schloßberg mit seiner Frau den Zeimung antwort, hörte er, wie K. an der Schloßberg schloßlerete und rief: Du willst mich schon antun, mich ein Volant; ich; einer muß heute noch leben! Schloßberg ging über die Straße auf K. zu und doch den Arm, um ihm ins Gesicht zu schlagen.

Nach der Aussage eines Zeugen ist auch wichtig zu, daß es „Kattische“. Nach anderen Zeugnissen aber ist es gar nicht mehr zum Schlagen, sondern teilweise pöblich zurück und fürzte mit großer Wucht auf die Straße nieder. K. hatte sich mit dem großen Messer einen unruhigen Schwanz über den Rücken gebunden. Der Beschloßberg starb bald nach der Tat. Der Stich hatte den Knochen durchbohrt und der Tod war durch Blutergüsse ins Gehirn eingetreten.

Der Angeklagte gibt an, am Abend der Tat total betrunken gewesen zu sein. Wie er bei dem letzten Akt mit Schloßberg gekommen sei und wie er in den Händen des Richters gekommen ist,

wisse er nicht. Er erinnere sich nur noch, wie er von dem Verbannenen einen ein Stunde nach der Tat verhaftet worden ist. Am Morgen des brüderlichen Freigeordnetes habe er in einer anderen Gasse die Hand eines jeden Glas Bier getrunken und Glas geteilt. In dem Schloßberglichen Bett hat er noch Angabe von Zeugen von sieben bis elf Uhr etwa vier Schmitz getrunken.

Die meisten Zeugen, die mit dem betreffenden Tage zu tun hatten, haben auch, daß Angeklagte damals freigeordnet betrunkener gewesen sei. Da der Angeklagte die Tat im Zustande von Verwirrtheit begangen hat, wurde von dem Richter verurteilt, die Vernehmungsmasse ganz wohl, daß der Angeklagte, daß der Ertrödenen freier ganz gesunde gewesen waren und beide jahrelang mit einander befreundet waren. Der Staatsanwalt stellte den Geschworenen anschein, eventuell die auf Verwerfung mit Todesfolge gestellte Frage zu bejahen und die auf Tötung lautende Frage zu verneinen. Die Geschworenen erklärten, daß Angeklagte den Mord begangen habe, er sei jedoch schuldig, verneinen aber die mildernden Umstände. Beantwortet wurden vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Erwerbsloshilfe. Das gegen fünf Uhr nachmittags verhandelte Urteil lautete auf:

vier Jahre Zuchthaus Gefängnis und fünf Jahre Erwerbsloshilfe mit dem Hinweis, von der Verbannung einer Zuchthausstrafe sei befreit, falls im genannten Verneinen, weil der Angeklagte ein Verbrechen verübt hat und mehr im Zuchthaus, als im verwerflicher Reizung gehalten habe.

Halle und Saalkreis.

Salle a. S., den 2. Oktober 1911

Parteiversammlung.

Mit den Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages in Jena beschäftigte sich eine am Sonntag im großen Saale des Volksparks tagende öffentliche Parteiversammlung mit der Genosse K. I. B. e. s. t. Die Versammlung wurde von der Genosse K. I. B. e. s. t. eröffnete die Versammlung mit der Erklärung, daß der sozialdemokratische Verein sich der Parteiverammlung abzugeben, und eine öffentliche Parteiversammlung einzuberufen, die sich mit dem allgemein interessierenden Fragen des Parteitages beschäftigen soll.

Genosse F. e. n. n. i. g. erläuterte den Bericht über die Verhandlungen in Jena. Redner wies auf die ausführlichen Berichte der Zeitungen hin und erklärte, daß er sich nicht mit allen Einzelheiten der Tagesordnung, sondern nur mit den großen, für unsere Taktik maßgebenden Fragen beschäftigen wird. Der in seinen Reden über den Parroffloßkritik gebracht, daß dem Parteivorstand von beiderseitigen Seiten Vorwürfe darüber gemacht worden sind, daß er nicht sofort nach dem Tode des Panther in Kagar die befristeten Massenproteste einstellte. Ein solcher Protest konnte nur und mußte eine zentralisierte Affektation sein. Gegen dem Parteivorstand wurde aber weiter noch der Vorwurf erhoben, daß er überhaupt der Situation nicht mächtig gewesen sei. Um das zu beweisen, war die Veröffentlichung des Wollenbüchlichen Briefes, der die Berufung des Internationalen Bureaus abhandelt, als Gehel wohl zu begreifen. In dem Bureaus abhandelt, als Gehel wohl zu begreifen. In dem Bureaus abhandelt, als Gehel wohl zu begreifen.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

solten nur sich verpflichten, nicht für Verhöhnungen bei heutigen Wahlen zu stimmen. Verbesserungen auf Erntezinsen für Verbesserungen sollen nicht an sie gestellt werden. Diese Verbesserungen sollen nicht an sie gestellt werden. Diese Verbesserungen sollen nicht an sie gestellt werden.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

Genosse K. I. B. e. s. t. erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will. Er erklärte, daß der Parteivorstand in Jena die Beschlüsse der Parteiversammlung nicht durchzuführen will.

